

## Am rechten Rand

Analysen und Informationen  
für die politische Bildung

4

August  
1998

In unserer vierten Ausgabe beschäftigt sich **Armin Pfahl-Traughber** mit neurechten Strategien, das Werk Antonio Gramscis für das rechte Lager zu nutzen. Die neue Rechte in Frankreich hat Gramsci schon seit längerem „entdeckt“. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung begann in Deutschland ebenfalls eine Gramsci-Rezeption von rechts, die sich insbesondere auf die im Werk Gramscis thematisierte strategische Rolle der Intellektuellen konzentriert. Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der Vorstellung einer Reihe von Vordenkern der neuen Rechten. Diese „Klassiker von Rechts“ spielen bis heute in neurechten Diskursen eine erhebliche Rolle. Armin-Pfahl-Traughber beschreibt Leben und Werk der bekannten Vilfredo Pareto und Julius Evola.

**Lutz Neitzert** führt uns in die esoterische Szene ein, in der, von der Öffentlichkeit weithin unbemerkt, rassistisches und völkisches Ideengut fortschreitende Aufnahme findet, oft in schwer zu entwirrender

Verbindung mit „harmlosen“ Erscheinungen. Für den mit Esoterik nicht Vertrauten werden hier wichtige Hinweise zur Urteilsbildung gegeben.

Aus aktuellem Anlaß haben wir uns entschlossen, die in Sachsen-Anhalt so erfolgreiche „Deutsche Volksunion“ näher unter die Lupe zu nehmen. **Matthias Schmidt** analysiert Geschichte und Herkunft der DVU, ihre Wählerstruktur und bisherige politische Praxis. Er kommt zu dem Schluß, daß nach bisherigen Erkenntnissen von der DVU keine ernstzunehmende Gefahr für unsere Demokratie ausgeht, vor allem, wenn die demokratischen Kräfte ernsthaft zusammenstehen und den vordergründigen Populismus dieser Partei offenlegen. Weitgehend unberührt von den Wahlerfolgen der DVU bleibt allerdings die Bedeutung und Funktion dieser Partei als Sammelbecken rechtsextremistischer Orientierungen und möglicherweise Integrationsfaktor der Rechten insgesamt.

### Inhalt

„Gramscismus von rechts?“ Die Entwicklung einer Strategie der Kulturrevolution und die Rezeption Antonio Gramscis durch die Neue Rechte in Frankreich und Deutschland	2
Politische Klassiker der Neuen Rechten – Biographisch-politische Portraits der geistigen Vorbilder einer rechtsextremistischen Ideologievariante	14
Rechte Esoterik, Musik und Riefenstahl	22
„Deutsche Volksunion“ – eine unterschätzte Kraft im rechtsextremen Lager?	30
Rezensionen	41
Redaktionelles	44
Impressum	44

*Dr. Johannes Kandel*  
Leiter der  
Gustav-Heinemann-Akademie

*Prof. Dr. Thomas Meyer*  
Wiss. Leiter der  
Akademie der Politischen Bildung

Armin Pfahl-Traughber

## „Gramscismus von rechts“? Die Entwicklung einer Strategie der Kulturrevolution und die Rezeption Antonio Gramscis durch die Neue Rechte in Frankreich und Deutschland.

Kaum einem anderen marxistischen Theoretiker ist in den letzten Jahrzehnten eine so große Aufmerksamkeit zuteil geworden wie Antonio Gramsci. Orthodoxe Marxisten-Leninisten bezogen sich ebenso auf ihn wie Vertreter der undogmatischen Neuen Linken, sozialdemokratische Intellektuelle ebenso wie Anhänger einer „Theologie der Befreiung“. Eine Besonderheit in der Gramsci-Rezeption dürfte aber seine Rezeption in dem ihm genau entgegengesetzten politischen Lager sein: auch die intellektuelle extremistische Rechte hat Gramsci schon seit längerer Zeit für sich entdeckt und leitet ihre Strategie der Kulturrevolution aus seinen Schriften ab. Zurückzuführen ist diese irritierend anmutende Rezeption auf die Erneuerung und Modernisierung des Rechtsextremismus in Frankreich Ende der sechziger Jahre und die damit verbundene Herausbildung einer intellektuellen Neuen Rechten. Mit längerer zeitlicher Verzögerung entwickelte sich Anfang der achtziger Jahre auch in Deutschland eine ähnliche, wenngleich nicht so erfolgreiche Neue Rechte heraus. Auch sie bediente sich des Werkes von Gramsci hinsichtlich der darin beschriebenen strategischen Rolle der Intellektuellen für politische Veränderungsprozesse zur Entwicklung des strategischen Konzepts, das auch ganz dezidiert als „Gramscismus von rechts“<sup>1</sup> bezeichnet wird.

### 1. Antonio Gramscis Auffassungen über die Bedeutung und Rolle der Intellektuellen in der Politik

Bevor allerdings auf das damit Gemeinte näher eingegangen wird zunächst noch einige Anmerkungen zur biographisch-politischen Entwicklung

der Person: Der 1891 in Sardinien geborene Antonio Gramsci<sup>2</sup> interessierte sich vor allem für Geschichte, Philosophie und Sprachwissenschaften, studierte in der Industriemetropole Turin und näherte sich der Arbeiterbewegung an. 1913 wurde er Mitglied der Sozialistischen Partei, orientierte sich innerhalb dieser am linken Flügel und trat aufgrund seiner journalistischen Fähigkeiten bereits 1915 in die Redaktion des Parteiorgans „Avanti“ ein. Dort veröffentlichte Gramsci nicht nur tagespolitische, sondern auch kulturkritische Artikel, wozu u. a. auch zahlreiche Theaterkritiken gehörten, was veranschaulicht, daß er keineswegs zu den ökonomiefixierten Parteivertretern zählte. Dies zeigte sich auch bei Gramscis Wahrnehmung der Oktoberrevolution von 1917, die als gegen das Kapital gerichtet interpretiert wurde. Damit meinte er sowohl den Kapitalismus als auch „Das Kapital“ von Karl Marx, wobei sich letzteres auf die Ablehnung eines deterministischen, mechanistischen und ökonomie-zentrierten Geschichts- und Gesellschaftsverständnisses zugunsten der Bejahung der revolutionären Tat auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen bezog.<sup>3</sup>

Diese Einstellung verband sich indessen aber nicht mit einer Abkehr von marxistischem Gedankengut, vielmehr näherte sich Gramsci immer stärker diesem an. Davon zeugen seine Veröffentlichungen aus dieser Zeit, aber auch die politischen Handlungen: In den Jahren zwischen 1918 und 1920 unterstützte Gramsci die Rätebewegung in Turin, u. a. auch publizistisch mit der Zeitschrift „Ordine Nuovo“. Bemerkenswert ist dabei, daß Gramsci darin nicht nur Texte zu tagespolitischen Fragen, sondern auch zu kulturellen Aspekten

• • • • •

1 Vgl. Pour une „Gramscisme de Droite“. Acte du XVI<sup>e</sup> colloque national du G.R.E.C.E., Paris 1982.

2 Vgl. Giuseppe Fiori, Das Leben des Antonio Gramsci, Berlin 1979; Christian Riechers, Antonio Gramsci. Marxismus in Italien, Frankfurt/M. 1970, S. 10-12 und 36-101.

3 Vgl. Antonio Gramsci, Die Revolution gegen das „Kapital“ (1917), in: Antonio Gramsci – vergessener Humanist? Eine Anthologie, Berlin 1991, S. 31-35.

aufnahm. Dabei waren diese keineswegs im Sinne der Stillung eines dahingehenden Nachholbedarfs der Arbeiter ausgerichtet. Vielmehr sollten sie eigene Ausdrucks- und Kommunikationsformen finden. Gleichzeitig versuchte Gramsci aber auch bekannte Schriftsteller als Gastautoren für „Ordine Nuovo“ zu gewinnen. Hier zeigte sich erneut sein großes Interesse für kulturelle Aspekte und die damit zusammenhängende Rolle von Intellektuellen in den politischen Auseinandersetzungen. Nach dem Scheitern der Rätebewegung sah Gramsci bereits 1921 das Aufkommen einer faschistischen Diktatur, die der zwischenzeitlich zur neugegründeten Kommunistischen Partei übergewechselt durch eine breite Bündnispolitik verhindern wollte. In dieser Frage blieb Gramsci allerdings zunächst isoliert und erst nach Mussolinis Machtantritt gelang eine dahingehende Korrektur der Parteilinie.

Mittlerweile wurden die Handlungsmöglichkeiten unter dem neuen Regime immer begrenzter, so daß der mit Gramscis 1924 erfolgter Wahl in die Führung der Partei erfolgte strategische Wechsel keine Erfolge mehr verzeichnen konnte. Die Bemühungen der Umwandlung der noch kleinen Partei in eine Massenpartei scheiterten ebenso wie die Bündelung der gegen den Faschismus gerichteten politischen Kräfte. Gleichzeitig konstatierte Gramsci in jener Zeit das Scheitern der in der Folge der Oktoberrevolution aufkommenden Hoffnungen der Linken auf eine Weltrevolution und der Übernahme der politischen Macht in Italien. 1926 wurde Gramsci verhaftet und 1928 zu 20 Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis gestattete man ihm den Zugang zu Büchern und Niederschriften von Analysen in Heften, woraus dann später die bekannten „Gefängnishefte“ entstanden. Dabei handelte es sich um eine Edition von Gramscis fragmentarischen und skizzenhaften Notizen, die Stellungnahmen zu den verschiedensten kulturellen, philosophischen, politischen, sozialen, sprachwissenschaftlichen und ökonomischen Themen in Vergangenheit und (damaliger) Gegenwart – und damit letztendlich auch seine politische Theorie<sup>4</sup> enthielten. Kurz nach seiner

Entlassung verstarb Gramsci 1937 an den Folgen seiner schweren Haftbedingungen.

In eben jenen „Gefängnisheften“ finden sich verstreut an den verschiedensten Orten Überlegungen über das Verhältnis von Intellektuellen und Politik sowie zur Bedeutung der kulturellen Sphäre für die politischen Auseinandersetzungen. Dabei zeigt sich, daß Gramsci zu den ersten westlichen Marxisten gehörte, die bei Akzeptanz des ökonomie-zentrierten Basis-Überbau-Modells von einer gewissen Eigenständigkeit des Überbau-Bereichs ausgingen und auf dieser Ebene stattfindenden Entwicklungen eine wichtige Bedeutung für grundlegende politische Veränderungsprozesse beimaß. Die damit zusammenhängenden Erkenntnisse stellten keineswegs Resultate originärer Analysen dar; vielmehr handelte es sich um das Übertragen bestimmter historischer Erfahrungswerte und analytischer Reflexionen auf die damalige Gegenwart. Konkret stellte Gramsci sich die Frage, wie eine revolutionäre Veränderung in den westlichen Gesellschaften vorangetrieben werden könnte. Dazu untersuchte er diesbezügliche Rahmen- und Wirkungsbedingungen, woraus bestimmte strategische Überlegungen abgeleitet wurden. Da diese zwar nicht allgemein, aber doch weitgehend politik-neutral sind, können die damit verbundenen Handlungsanleitungen die vielfältigsten ideologischen und politischen Strömungen bedienen – und genau dies macht Gramsci denn auch für die Vertreter der gegenwärtigen Neuen Rechten interessant.

Der italienische Marxist entwickelte seine dahingehenden Überlegungen aus einer Interpretation der seinerzeitigen politischen Situation in Rußland einerseits und in den westeuropäischen Ländern andererseits. Eine binnen kurzer Zeit in einer Umbruchphase fast schon staatsstreichartig durchgeführte Revolution wie der der Bolschewiki sei nur unter bestimmten Rahmenbedingungen möglich, nämlich dem Fehlen oder der Unterentwicklung einer „società civile“ (zivilen Gesellschaft)<sup>5</sup>, worunter Gramsci einen den Staat als „società politica“ (politischer Gesellschaft) stützenden und umschließenden gesellschaftlichen Bereich ver-

• • • • •

4 Vgl. Sabine Kebir, Antonio Gramsci (1891-1937), in: Walter Euchner (Hrsg.), *Klassiker des Sozialismus*. Zweiter Band: Von Jaurès bis Marcuse, München 1991, S. 209-222; Ulrich Schreiber, *Die politische Theorie Antonio Gramscis*, Berlin 1982.

5 Vgl. Sabine Kebir, *Gramsci's Zivilgesellschaft*. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik, Hamburg 1991, S. 48-73 und 93-114.

stand.<sup>6</sup> Er zählte dazu etwa die Bibliotheken, Clubs, Kirchen, Gewerkschaften, Presseorgane und Schulen, kurzum, alles was die öffentliche Meinung direkt oder indirekt beeinflusst. Über diese Einrichtungen entsteht für Gramsci ein Konsens, der den Staat über die von ihm ausgeübte Gewalt hinaus in den Köpfen der Menschen vor grundlegenden politischen Veränderungen schützt. Da eine solche zivile Gesellschaft im zaristischen Rußland lediglich in Ansätzen existierte, bestand nur ein allmächtiger Staat, der in der Phase militärischer und politischer Umbrüche binnen kurzer Zeit seiner Kraft beraubt war. Diese Rahmenbedingungen ermöglichten es den Bolschewiki, den Staat in einer tagespolitisch günstigen Situation handstreichartig in Besitz zu nehmen. Gramsci benutzte für die Beschreibung dieses Vorgehens eine militärische Kategorie, indem er vom „Bewegungskrieg“ sprach.

Demgegenüber müßte in den westeuropäischen Ländern ein „Stellungskrieg“<sup>7</sup> geführt werden: In deren Gesellschaften gab es in Gramscis Sicht nämlich jene „società civile“ in Gestalt einerseits der Bedeutung oben genannter gesellschaftlicher Einrichtungen und andererseits im Vorherrschen von Einstellungen, Handlungsweisen und Mentalitäten, die den Staatsapparat resistenter gegen politische Umsturzversuche machen als ein rein repressives System. Für Gramsci konnte ein mit derartigen Formen von gesellschaftlichem Konsens gestützter Staat selbst in Krisenzeiten loyales Potential mobilisieren und sich gegen potentielle Umbrüche stabilisieren. Die Verknüpfung dieser kulturellen Rahmenbedingungen mit ökonomischen Kompromissen immunisierte für den italienischen Marxisten die kapitalistischen Systeme in Europa im Unterschied zur Situation in Rußland vor einer erfolgreichen Revolution. Die Klassenunterschiede seien dadurch zwar nicht aufgehoben, allerdings kulturell und sozialpsychologisch überdeckt. Insofern bestand Gramscis Strategie auch darin, den hierbei zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Konsens durch einen längerfristig angelegten Kulturkampf zu delegitimieren und aufzulösen. Die innerhalb der kom-

unistischen Bewegung jener Zeit noch vorherrschende Auffassung, revolutionäre Entwicklungen stünden unmittelbar bevor und soziale Krisen würden nahezu automatisch zum Untergang der kapitalistischen Systeme führen, hielt er angesichts der beschriebenen Einschätzungen für illusorisch.

Vor dem Hintergrund der Konzeption eines kulturellen Stellungskrieges interessierte sich Gramsci auch für den „senso comune“ (Alltagsverstand)<sup>8</sup>, der sich etwa in der Trivial- und Volkskultur artikuliert. In den frühen Zeitungsartikeln, aber auch in den späteren „Gefängnisheften“ finden sich immer wieder Ausführungen zu den damaligen Fortsetzungsromanen der Abenteuer-, Kriminal- und Liebesliteratur in den weit verbreiteten populären Zeitschriften und Zeitungen, die Gramsci als einen wichtigen Faktor bei der Herausbildung der Mentalität und Moralvorstellungen des Volkes begriff. Zwar beklagte er einerseits das geringe kulturelle und literarische Niveau, forderte aber auch andererseits linke Schriftsteller dazu auf, sich dieses Genres zu bedienen, um darüber politische Inhalte und Mentalitäten in ihrem Sinne an die Massen zu bringen. Dabei wollte Gramsci hinsichtlich des Inhalts und Niveaus allerdings nicht auf der gleichen Ebene wie die bereits bekannten Fortsetzungsromane bleiben, vielmehr sollten diese Autoren versuchen, die Auffassungen der bestehenden Volkskultur kulturell anzuheben und sie im sozialistischen Sinne zu verändern. Längerfristig würde so eine Förderung dieser Volkskultur bis zur Verschmelzung mit der in Gramscis Augen fortschrittlichen Hochkultur erfolgen.

Bestärkt sah sich der italienische Marxist in seinen Auffassungen von der strategischen Bedeutung des Alltagsverstandes für die Umsetzung grundlegender politischer Veränderungen auch durch das Vorgehen der Faschisten: Einerseits handelte es sich um ein hinsichtlich seiner Ursachen zu untersuchendes Massenphänomen, andererseits bedienten sich Mussolinis Anhänger in ihrer populistischen Agitation erfolgreich Auffassungen aus dem Alltagsleben zu propagandisti-

• • • • •

6 Vgl. Christine Buci-Glucksmann, Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie, Köln 1981.

7 Vgl. Antonio Gramsci, Gefängnishefte Bd. 4. 6. und 7. Heft, Hamburg 1992, S. 816 und 873f.

8 Vgl. Antonio Gramsci, Gefängnishefte Bd. 1, 1. Heft, Hamburg 1991, S. 136 f.; vgl. auch Kebir, Gramsci's Zivilgesellschaft (Anm. 5), S. 115-154.

schen Zwecken.<sup>9</sup> Im Gegensatz zu den Faschisten ging es Gramsci allerdings nicht um einen bloßen instrumentellen Nutzen, sondern um eine intellektuell-moralische Reform zur Bewußtwerdung der eigenen sozialen Interessen, die wiederum auf die Verwirklichung des Sozialismus abzielen sollten. Das Vorherrschen entsprechender Einstellungen und Mentalitäten sah der italienische Marxist denn auch als unabdingbare Voraussetzung für eine Revolution und den Machtwechsel an. Eine prinzipielle Voraussetzung für die Eroberung der Macht bestehe darin, daß eine gesellschaftliche Gruppe bereits vorher kulturell führend sei. Erst danach könne sie herrschen, müsse aber weiterhin führend bleiben.<sup>10</sup> Mit anderen Worten, die kulturelle Hegemonie müsse der politischen Hegemonie<sup>11</sup> voraus gehen.

Die Aufgabe der Erlangung dieser kulturellen Vorherrschaft im Sinne eines dominierenden Konsenses für bestimmte politische Einstellungen wies Gramsci einer besonderen Personengruppe zu: den Intellektuellen.<sup>12</sup> Dazu zählte Gramsci allerdings nicht nur Publizisten und Schriftsteller, sondern auch den Organisator einer neuen Kultur oder eines neuen Rechts, den Techniker in der Industrie oder den Wissenschaftler in der politischen Ökonomie. Sie nehmen für ihn innerhalb der Gesellschaft aufgrund ihrer bindenden Funktion als Organisatoren der gesellschaftlichen Reproduktion Schlüsselstellungen ein, was hinsichtlich des politisch-strategischen Interesses insbesondere bezüglich der vertretenen kulturellen und politischen Wertvorstellungen von besonderer Bedeutung ist. Vielfach seien diese Intellektuellen Angestellte der herrschenden Klasse, gleichwohl schaffe sich auch jede andere Klasse ihre eigenen Intellektuellen. Insofern könne weder von einer einheitlichen Ausrichtung und Homogenität von Intellektuellen noch von einer von gesellschaftlichen Gruppen unabhängigen Intellektuellenschicht gesprochen werden. Die Intellektuellen der nicht-herrschenden Klasse hatten denn

auch im Sinne Gramscis die Aufgabe der Organisation des Kampfes um die kulturelle Hegemonie, dessen Ausgangspunkt die Vermittlung zwischen Alltagsverstand und kritischem Bewußtsein zum Vorantreiben der Politisierung der Massen sein sollte.

## 2. „Kulturrevolution“ als Aufgabe der Intellektuellen in der Politik

Gramscis Auffassungen von der strategisch notwendigen Meinungsführerschaft in den Debatten als unabdingbare Voraussetzung grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen waren, wie bereits erwähnt, ebensowenig erstmalige Erkenntnisse wie die beschriebene Rolle der Intellektuellen als Akteure im Ringen um die inhaltliche Vorherrschaft in den politischen Diskursen. Der italienische Marxist formulierte in den diesbezüglichen Publikationen in Zeitungsartikeln und Notizen in den „Gefängnisheften“ lediglich die aus historischen Studien und politischen Diskussionen gewonnenen Einsichten, dies allerdings in zwar fragmentarischer, aber doch systematischer Form und eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmenkontext. Bei der Rezeption von dessen diesbezüglichen Auffassungen der später noch näher vorzustellenden Intellektuellen müssen zwei Ebenen unterschieden werden: die inhaltlich-politische und die instrumentell-strategische Ausrichtung. Gramscis politische Zielsetzung lief längerfristig auf eine revolutionäre Umwälzung der damaligen italienischen Gesellschaft im kommunistischen Sinne hinaus, was sich auch an bestimmten Aspekten der inhaltlichen Darstellung seiner Strategie zeigte, etwa bei der Betonung der Klassenkonflikte und der Orientierung auf die Massen. Gleichzeitig handelt es sich bei der von Gramsci beschriebenen Vorgehensweise unter der Voraussetzung des Abstrahierens von diesen Besonderheiten um eine politik-neutrale Strategie, also um eine Handlungsweise, der sich die verschiedensten politischen Kräfte bedienen können.

• • • • •

9 Vgl. Kebir, Gramsci's Zivilgesellschaft (Anm. 5), S. 155-186.

10 Vgl. Antonio Gramsci, Gefängnishefte Bd. 1 (Anm. 8), S. 101; ders., Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt/M. 1980, S. 277.

11 Vgl. Luciano Gruppi, Gramsci. Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg 1977, S. 23-36 und 109-127.

12 Vgl. Antonio Gramsci, Gefängnishefte Bd. 7, 12. bis 15. Heft, Hamburg 1996, S. 1495-1532; vgl. auch Karin Priester, Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe, Frankfurt/m. 1981, S. 87-108.

Hier setzt die Gramsci-Rezeption der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Frankreich ein. Wegbereitend wirkte hier der theoretische Kopf der Nouvelle Droite, Alain de Benoist, der mit seiner besonderen Gramsci-Interpretation das Konzept einer „Kulturrevolution von rechts“ entwickelte und den italienischen Marxisten als einen seiner politischen Klassiker benannte. Entsprechend tauchte Gramsci dann in den theoretischen Veröffentlichungen der Neuen Rechten im allgemeinen und Benoists im besonderen neben Denkern wie Julius Evola, Vilfredo Pareto oder Carl Schmitt auf.<sup>13</sup> Was vor dem Hintergrund von deren politisch ganz anderer Ausrichtung in dem Kontext dieser gemeinsamen Zuordnung als geistige Bezugsgröße verwundert, erklärt sich durch eine rein instrumentelle, die inhaltliche Ausrichtung bewußt ignorierende, teilweise auch fehldeutende Rezeption des italienischen Marxisten.

Zu letzterem gehört Benoists Darstellung von Gramsci als einem Gegner von Marx' Basis-Überbau-Theorie, die der als Basis verstandenen ökonomischen Entwicklung die entscheidende Rolle bei historisch-politischen Veränderungen zuschrieb und Ausdrucksformen von Kultur, Politik und Religion als über verschiedene andere Bedingungsfaktoren und Zwischentappen letztendlich doch ökonomisch bedingte Überbau-Phänomene begriff. Im Gegensatz zu Benoists Deutung lehnte Gramsci keineswegs diese Auffassung marxistischer Gesellschaftslehre ab, im Unterschied zu den einseitig auf soziale und wirtschaftliche Aspekte fixierten kommunistischen und sozialistischen Theoretiker seiner Zeit beschäftigte er sich lediglich stärker mit den erwähnten kulturellen Phänomenen und betonte deren besondere Bedeutung innerhalb des Basis-Überbau-Modells, insbesondere vor dem Hintergrund strategischer Überlegungen. Dabei betonte Gramsci aber immer die notwendige Anbindung moralischer Reformen an ein ökonomisches Reformprogramm.<sup>14</sup> Insofern handelt es sich bei Benoists

diesbezüglicher Gramsci-Rezeption um Fehldeutungen, die sich durch seine instrumentalisierenden Absichten zur Vereinnahmung des italienischen Marxisten als strategisches Vorbild erklären lassen.

Auch andere inhaltliche Aspekte von Gramscis Auffassungen ignorierte die Rezeption der Neuen Rechten aus gleichen Motiven. Dazu gehörte etwa die Ausrichtung auf die Massen und deren Alltagsverstand und der Anspruch Gramscis, eine Anhebung des Bildungsniveaus unterentwickelter Schichten der Gesellschaften zu bewirken. Die Frage, ob der italienische Marxist damit stärker die individuelle Emanzipation vorantreiben oder hierbei stärker eine parteiische Beeinflussung bezweckte, soll hier nicht näher erörtert werden. Wichtig für den zu untersuchenden Kontext ist vielmehr die Ausrichtung auf unterschiedliche Zielgruppen. Gramsci ging es insbesondere um die unteren sozialen Schichten und deren Gewinnung für kommunistische und sozialistische Politik, der Neuen Rechten geht es um gesellschaftliche Multiplikatoren, also insbesondere um die Gewinnung von Intellektuellen, die kulturelle und politische Meinungen durch ihre Berufstätigkeit weiter transportieren können. Dieser Unterschied gilt allerdings nicht für alle rechtsextremistischen Erscheinungsformen: Gramsci selbst hatte schon auf die Orientierung am Alltagsverstand in der populistischen Propaganda der italienischen Faschisten hingewiesen. Mit ihrem elitären Politikverständnis sahen sowohl Konservative Revolution als auch Neue Rechte nicht die Massen, sondern die intellektuelle Elite als Zielgruppe ihres Wirkens an.

Völlig losgelöst von diesen und anderen inhaltlichen Aspekten von Gramscis Auffassungen entwickelte Benoist mit seiner Rezeption des italienischen Marxisten seine Strategie einer „Kulturrevolution von rechts“. In dem Aufsatz „Die kulturelle Macht“<sup>15</sup> fragt er danach, ob die Wahlkämpfe nicht als politische Resultate eines diffusen Han-

• • • • •

13 Vgl. Alain de Benoist, Antonio Gramsci, in: ders., Aus rechter Sicht. Eine kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen. Bd. 2, Tübingen 1984, S. 379-389. Der Band enthält über die Genannten hinaus noch Portraits u.a. zu Gustave le Bon, Arthur de Gobineau, Karl Haushofer und Ernst von Salomon.

14 Vgl. Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur (Anm. 10), S. 256f.

15 Vgl. Alain de Benoist, Die kulturelle Macht, in: ders., Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985, S. 39-51.

delns „metapolitischen“ Typs zu begreifen seien, das nicht im engeren Kreis der Parteistäbe ins Werk gesetzt werde. Mit dieser Frage will Benoist die Existenz einer kulturellen Macht zur Sprache bringen, die sich parallel zur politischen Macht installiert habe und dieser in gewisser Weise vorausgeht. In diesem Zusammenhang kommt es denn dann auch zur Rezeption Gramscis, der Benoist als großer Theoretiker der „kulturellen Macht“ gilt. Nach kurzen Anmerkungen zu dessen biographisch-politischer Entwicklung und der bereits erwähnten Fehldeutung hinsichtlich Gramscis Verständnis vom Basis-Überbau-Modell beschreibt Benoist durchaus zutreffend dessen Auffassungen zu Staat und Zivilgesellschaft, zum Verhältnis von politischer und kultureller Macht und der unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im seinerzeitigen Rußland und den damaligen westeuropäischen Staaten. Hier setzt nun Benoists instrumentalisierende Deutung von Gramscis Auffassungen und deren beabsichtigte Anwendung auf die Situation in den demokratischen Verfassungsstaaten der Nachkriegszeit ein:

In Gesellschaften, wo jeder mehr oder weniger an den spontanen Weltanschauungen einer spezifisch kulturellen Atmosphäre teilhabe, sei keine Übernahme der politischen Macht ohne vorherige Übernahme der kulturellen Macht möglich. Als Beleg für diese Auffassung sieht Benoist die französische Revolution von 1789 an, sei diese doch von einer „Revolution in den Geistern“ in Form der Ideen der Aufklärung vorbereitet worden. Demgemäß schaffe ein politischer Umsturz keine Situation, er sanktioniere diese lediglich. Nach Gramsci könne es in entwickelten Gesellschaften keinen gesellschaftlichen Übergang über die direkte politische Auseinandersetzung, sondern nur über die Transformation der allgemeinen Vorstellungen geben. Parallel zur Parteiarbeit müsse es danach eine Kulturarbeit geben, bei der die Intellektuellen die Aufgabe hätten, den Kulturkrieg zu gewinnen. Subjekt der Geschichte seien demnach für Gramsci weder Fürst noch Partei oder Staat, sondern die mit der Arbeiterklasse verbundene intellektuelle Avantgarde, die durch langsame „Termitenarbeit“ wirkt. Betrachte man sich diese Theorie der „kulturellen Macht“ unter rein methodischen Aspekten, so hätten sich

manche Ansichten Gramscis als prophetisch erwiesen:

Eine ganze Reihe von gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen in den fortgeschrittenen Industriestaaten verstärkten noch die Rolle, die die Intellektuellen im gesellschaftlichen Gefüge spielten. Dazu gehöre die Ausweitung des Bildungswesens, die Bedeutung der Massenmedien und die wachsende Bedeutung der Freizeit. Hierdurch ergibt sich für Benoist eine wachsende Anfälligkeit der öffentlichen Meinung für eine metapolitische Botschaft, deren Wirkung um so größer sei, um so weniger ihr direkter und suggestiver Charakter nicht klar als solcher erkannt werde und folglich nicht auf die selten rationalen Widerstände stoße wie eine Botschaft mit einem direkten politischen Charakter. (Insbesondere dieser Aspekt spielt, wie später noch verdeutlicht werden soll, für die Außenwirkung der Neuen Rechten in Deutschland eine wichtige Rolle.) Der Pluralismus der liberalen Mächte steigere noch die Ausrichtung von Politik auf das beschriebene Wirken der Intellektuellen, könne er zwar den Besitz von Waffen oder die Verwendung von Sprengstoff verbieten, aber nicht das Prinzip der freien Meinungsäußerung antasten. So vollziehe sich unter der Wirkung der kulturellen Macht die Umkehrung der ideologischen Mehrheit. Was Benoist hier mit indirektem kritischem Blick auf das Wirken der Linksintellektuellen beschrieb, übernahm er dann selbst für die Entwicklung einer Strategie der „Kulturrevolution von rechts“, deren konkrete Anwendung durch die französische Neue Rechte später noch beschrieben werden soll.

Hier bedarf es allerdings noch einer allgemeinen Anmerkung zu den Voraussetzungen für die beabsichtigte Erlangung einer angestrebten kulturellen Hegemonie. Dieter Stein, Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, bemerkte dazu: „Inzwischen scheint sich diese Erkenntnis wieder durchzusetzen, daß das Zentrum nicht eine Partei sein kann, sondern ein vielfältiges politisches, kulturelles und publizistisches ‚Kappillarsystem‘ (Weißmann), durch das konservative Vorstellungen in breitere Schichten sickern können. Eine Partei, die sich als konservativ versteht, wäre diesem Vorfeld nicht überzustülpen, sondern diesem als parlamentarischer Arm un-

terzuordnen.“<sup>16</sup> Diese Passagen veranschaulichen noch einmal, daß es bei einem „Kulturkampf“ nicht primär um Parteipolitik geht. Letzteres hat allenfalls instrumentelle Bedeutung für ersteres. Im Selbstverständnis sehen sich die Intellektuellen über der Ebene von Parteien stehend und wollen sie den intellektuellen Eliten unterordnen. Daß derartige Absichten, wie auch die nachfolgenden Darstellungen und Erörterungen exemplarisch zeigen, in Geschichte und Gegenwart immer gescheitert sind, soll hier zunächst nicht weiter untersucht werden. Indessen veranschaulicht der Verweis auf die Akteure einer Strategie der „Kulturrevolution“, daß hinsichtlich einer Beurteilung von deren Bedeutung nicht mit den üblichen Kriterien für politischen Einfluß wie etwa Auflagenhöhe, Mitgliederzahl oder Wahlerfolge operiert werden kann.

### 3. Die politische Absicht einer Delegitimation des demokratischen Verfassungsstaates

Über die lagerinterne und öffentliche Wirkung von Benoist wurde die Gramsci-Rezeption in dem skizzierten Sinne auch in Deutschland bekannt. So erschien etwa eine Textsammlung in deutscher Übersetzung, herausgegeben von dem als hiesigem Vordenker der Neuen Rechten geltendem Publizisten Armin Mohler unter dem bezeichnenden Titel „Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite“. Darin war Benoists strategische Option eingebettet in eine Kritik an der „alten Rechten“<sup>17</sup>, der er vorwarf, sie habe weder Wille noch Ziel. Ihr fehle es darüber hinaus entsprechend auch an einer Strategie und Theorie. Benoist betonte demgegenüber die Notwendigkeit der Theoriearbeit, könne es doch ohne präzise Theorie kein wirksames Handeln geben. Alle großen Revolutionen hätten lediglich eine Entwicklung in die Tat umgesetzt, die sich zuvor schon unterschwellig in den Geistern vollzogen habe. Derartige Auffassungen vom Primat der kulturellen vor der politischen Macht übernahmen dann auch die Vertreter der deutschen Neuen Rechten. Sie sahen Gramsci als den „Vater

der Kulturrevolution“ an, beschrieben die Theorien des italienischen Marxisten als Rettungsanker einer desillusionierten politischen Linken und interpretierten sie gleichzeitig als für die eigenen politischen Strategien vereinnehmbar.

In diesem Sinne argumentierte etwa 1980 in der Zeitschrift „Criticon“ der Publizist Günter K. Platzdasch, der mit ironischen Kommentierungen die Schwierigkeiten dogmatischer Kommunisten bei einer Annäherung an Gramsci und dessen erwähnten Auffassungen zu Bewegungskrieg und Stellungskrieg, Intellektuellen und Kulturkampf skizzierte. Während eine lediglich hedonistische Hochschullinke intellektuell nicht zu einer Gramsci-Rezeption in der Lage sei, plädierte der Autor mit zustimmenden Verweisen auf Benoist für eine diesbezügliche strategische Vereinnahmung der strategischen Lehren des italienischen Marxisten durch die Neue Rechte. Gramsci-Lektüre sei eine Erleuchtung, deren Leuchtkraft man in soviel Finsternis nutzen sollte.<sup>18</sup> Der Herausgeber von „Criticon“, Caspar von Schrenck-Notzing, äußerte denn auch in der gleichen Ausgabe unter der bezeichnenden Überschrift „Über die Kulturrevolution zur politischen Revolution“, die Zeitschrift „war mit Gramsci stets der Meinung, daß die ideologische Mehrheit wichtiger ist als die parlamentarische.“<sup>19</sup> In diesem Zitat artikuliert sich nicht nur eine strategische Option, sondern – was für die spätere demokratietheoretische Analyse der Neuen Rechten von Bedeutung ist – auch eine Herabwürdigung politischer Legitimität durch Wahlen und parlamentarische Repräsentanz.

Eine derartige inhaltliche Zielrichtung muß allerdings nicht per se mit der Anwendung von kulturrevolutionärem Vorgehen im beschriebenen Sinne verbunden sein, stellt doch die Absicht der Erlangung einer geistigen Meinungsführerschaft in der pluralistischen Gesellschaft ein legitimes Bemühen im politischen Diskurs dar. So haben sich etwa auch die demokratischen Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem öffentlichen Wirken entsprechender Methoden bedient,

• • • • •

16 Vgl. Dieter Stein, Niederwerfung der Konservativen, in: Junge Freiheit, Nr. 4/April 1992, S. 2.

17 Vgl. Alain de Benoist, Die alte und die neue Rechte, in: ders., Kulturrevolution von rechts (Anm. 13), S. 13-38.

18 Vgl. Günter K. Platzdasch, Antonio Gramsci. Der Vater der Kulturrevolution, in: Criticon, 10. Jg., Nr. 59/1980, S. 117-120.

19 Vgl. Critilo (Caspar von Schrenck-Notzing), Über die Kulturrevolution zur politischen Revolution, in: Criticon, 10. Jg., Nr. 59/1980, S. 107.

insbesondere was Versuche der Besetzung und Umdeutung von Begriffen angeht. Dies geschah nur in wenigen Fällen mit ausdrücklichen Rekursen auf die von Gramsci formulierte Strategie, was den Politologen Claus Leggewie dazu veranlaßte von einem „Gramscismus ohne Gramsci“<sup>20</sup> zu sprechen. Hierbei handelt es sich verständlicherweise um Anwendungen und Interpretationen, die noch stärker aus dem eigentlichen inhaltlichen und politischen Kontext der Analysen des italienischen Marxisten als bei Benoists Interpretation herausgelöst sind. In diesem Sinne war und ist die Strategie der Kulturrevolution demokratiewie ideologietheoretisch neutral. D.h. ebenso wie sie von der politischen Linken wie Rechten genutzt wird, kann sie demokratische wie extremistische Zielsetzungen haben. Bei der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik und der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland zielte bzw. zielt die Anwendung der kulturrevolutionären Strategie auf die intellektuelle Delegitimierung der Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates<sup>21</sup> ab.

Ziel dieses Vorgehens war und ist letztendlich die Überwindung des jeweils bestehenden politischen Systems, was vor dem Hintergrund taktischer Rücksichtnahmen allerdings nicht immer deutlich gesagt wird. Eine dahingehende Ausnahme stellt der programmatische Beitrag „Wege aus der Systemkrise“ des Publizisten und Vertreters der Neuen Rechten Klaus Kunze dar. Er beschreibt in diesem Text zunächst die Systemkrise in seinem Sinne, wobei insbesondere dem Autor negativ erscheinende Aspekte des Parteienstaates hervorgehoben werden wie mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung oder personelle Dauerverfilzung mit Parteimitgliedern. Die Entwicklung in Deutschland laufe auf einen tendenziell totalen Parteienstaat zu, die angebliche Gewaltenteilung sei eine Lebenslüge des Systems und die Diskussionskultur gilt als von gesellschaftlicher Selbstzensur geprägt. Zunächst stilisiert Kunze also einzelne durchaus bedenkliche und kritikwürdige Erscheinungsformen in der existenten parlamentarischen Demokratie zu

angeblichen Anzeichen eines undemokratischen Systems, um auf Basis dieser inhaltlichen Argumentation eine Strategie der Systemüberwindung einzufordern. Sie soll auf Basis der dargestellten Machtverhältnisse und Spielregeln entworfen werden und begibt sich mangels fehlender Möglichkeiten, in den Besitz der Medien zu kommen, auf die Suche nach einem archimedischen Punkt, von dem aus das System aus den Angeln gehoben werden könne.

Es müsse ein geistiges Samenkorn gelegt werden, „das keimt, die verfilzten Machtstrukturen durchdringt und schließlich den Deckel des selbstreferentiellen Systems sprengt. ... Wir müssen uns eines integralen Wertes des parlamentarischen Systems bemächtigen und zum Angriffsinstrument umfunktionieren. ... Ein solches Korn gibt es. Die ganze Eigenlegitimation des Bonner Staates beruht auf dem Demokratieprinzip.“ Damit will Kunze im Sinne einer kulturrevolutionären Strategie im politischen Diskurs arbeiten, was später noch ausführlicher anhand der Umdeutung des Demokratieverständnisses bei der Parlamentarismuskritik und der Plebiszitforderung aufgezeigt werden soll. Weiter heißt es bei ihm bezüglich des Vorgehens: „Jede Strategie der Überwindung eines Herrschaftssystems muß mit seiner Delegitimierung beginnen. Hauptwaffe ist der Tabubruch. Er ist der erste Schritt zur nötigen Umwertung der Werte. Diese beginnt mit dem gezielten Lächerlichmachen der gegnerischen Ideologeme, soweit diese nicht angeeignet und umgepolt werden können, wie z.B. das Demokratieprinzip. Ideen, Gedankengebäude, Ideologien und Weltanschauungen sind Waffen im zwischenmenschlichen Machtkampf.“

Kunze geht es mit seiner Delegitimierungsstrategie um das Aufbrechen eines angeblichen Interpretationsmonopols von politischen Werten im Sinne des demokratischen Verfassungsstaates, die ihm als Ausdrucksformen einer „Priesterherrschaft“ erscheinen: „So beruht der Herrschaftsanspruch der Nutznießer des Parteienstaates auf allerlei Fiktionen, an die man glauben oder es sein lassen kann: etwa auf der Fiktion von Souveränität

• • • • •

20 Vgl. Claus Leggewie, Kulturelle Hegemonie – Gramsci und die Folgen, in: Leviathan, 15. Jg., Nr. 2/1987, S. 285-304, hier S. 297-299.

21 Vgl. Uwe Backes, Rechts- und linksradikale Intellektuelle in Deutschland. Mechanismen zur Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Politischer Extremismus in Deutschland und Europa, München 1993, S. 111-131.

des Volkes, der Vertretbarkeit von Interessen, der weitergehenden Fiktion, alle Interessen aller Bürger könnten in einem einzigen Parlament zugleich repräsentiert sein, dem Dogma der Wahrheitsfindung in parlamentarischer Debatte, dem Glauben, glücklich könne man nur unter Geltung eines egalitär-egozentrischen Menschenrechtsverständnisses werden und unter der Dunstglocke einer pseudo-humanitaristischen Zivilreligion. Der theologische Kern der Menschenrechts- und Demokratietheorie hat alle Säkularisierungen überstanden.“ Ihn offenbaren will Kunze mit seiner Strategie der Systemüberwindung mittels Tabubruch: Er „bedeutet demnach die gezielte Zerstörung oder Umdeutung der tragenden Werte der Parteienherrschaft. ... Diese zu zerstören ist vordringlichste Aufgabe einer geistigen Partisanentätigkeit.“<sup>22</sup>

Die Delegitimationsstrategie besteht demgemäß in der Diffamierung oder Umdeutung von Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates wie der von Kunze genannten: Demokratieprinzip, Gleichheitsgedanke, Menschenrechte, Repräsentativprinzip und Volkssouveränität. Ausdrucksformen im Sinne des gezielten Lächerlichmachens dieser von Kunze als gegnerische Ideologeme bezeichneten Werte brauchen hier nicht näher beschrieben und erläutert werden. Sie stehen denn auch im Mittelpunkt bei der Vorstellung der ideologischen Grundauffassungen der Konservativen Revolution und der Neuen Rechten. Demgegenüber verdient die Strategie der Umdeutung von Begriffen und deren Einbettung in einen politischen Diskurs gesonderte Aufmerksamkeit.

#### 4. Verwendung des Demokratiebegriffs bei der Neuen Rechten

Bei der Neuen Rechten läßt sich der Versuch einer Umdeutung und Vereinnahmung politischer Begriffe am besten anhand des Verständnisses von Demokratie und dessen diskursiver Verwendung bei der Parlamentarismus- und Parteienkritik aufzeigen. Bereits in den obigen Ausführungen zu den Absichten einer Delegitimation der Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates

• • • • •

tes wurde anhand der Äußerungen von Klaus Kunze deutlich, daß für die Neue Rechte im Zusammenhang ihrer kulturevolutionären Absichten gerade das Demokratieprinzip jenes gegnerische Ideologem darstellt, welches vorrangig umgepolt und angeeignet werden soll. Der Autor sah darin nämlich jenen Kern, von dem aus das System aus den Angeln gehoben werden könnte, und zwar, weil die ganze Eigenlegitimation des Bonner Staates auf dem Demokratieprinzip beruhe. Daß Kunze seine politischen Absichten nicht in Richtung einer eindeutigen und fundamentalen Ablehnung der Demokratie begründet, versteht sich angesichts der allseitigen positiven Berufung auf diesen Begriff – selbst Diktaturen stellen sich nach außen als (wahre) Demokratien dar – von selbst. Die beabsichtigte Umwertung des Demokratiebegriffs erlaubt es in der Sicht des Autors darüber hinaus eine wichtige Wertvorstellung des demokratischen Verfassungsstaates, das Repräsentativprinzip zu delegitimieren. Der dabei erhobenen Forderung nach Plebisziten könne man denn auch nicht einen Verstoß gegen das demokratische Dogma entgegenhalten.<sup>23</sup>

Bei der damit einhergehenden Argumentation spielen die Anhänger der Neuen Rechten das identitäre gegen das pluralistische Demokratieverständnis aus. Mit ersterem ist ein von einem einheitlichen Volkswillen und vorgegebenem Gemeinwohl ausgehendes Verständnis von Demokratie im Sinne einer Einheit von Regierenden und Regierten gemeint, letzteres geht von der Existenz und Legitimität unterschiedlicher Interessen aus und sieht im Gemeinwohl das jeweilige Ergebnis eines ständigen gesellschaftlichen Diskussions- und Entwicklungsprozesses. Dabei ist der Konkurrenzdemokratie auch das Repräsentativprinzip eigen, also die Vertretung von Interessen durch Parteien in Parlamenten, während beim identitären Verständnis von Demokratie davon ausgegangen wird, daß der Volkswille nicht vertreten werden könne und somit das Repräsentativprinzip als letztendlich nicht demokratisch abgelehnt wird. Anhänger dieser, insbesondere von Jean-Jacques Rousseau geprägten Auffassung streben häufig durchaus glaubwürdig nach einer stärkeren Par-

22 Vgl. Klaus Kunze, Wege aus der Systemkrise, in: Andreas Molau (Hrsg.), Opposition für Deutschland. Widerspruch und Erneuerung, Berg 1995, S. 202-223, hier S. 215-220.

23 Vgl. Klaus Kunze, Wege aus der Systemkrise (Anm. 22), S. 215f.

tizipation der Bürger an Entscheidungsprozessen. Allerdings münden Versuche zur Schaffung einer Identität von Regierenden und Regierten sowie einer Vereinheitlichung des Volkswillens mitunter in Systemen einer „totalitären Demokratie“. <sup>24</sup>

Die intellektuellen Gegner des demokratischen Verfassungsstaates nutzten dieses unterschiedliche Demokratieverständnis, um mit den Argumenten zugunsten der Identitätstheorie den repräsentativen Systemen den demokratischen Charakter abzusprechen. Mit dahingehenden Bezügen auf Rousseau argumentierte etwa der Staatsrechtler Carl Schmitt in seiner einflußreich wirkenden Schrift „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ in der erweiterten Auflage von 1926: „Die *volonté générale* wie Rousseau sie konstruiert ist in Wahrheit Homogenität. Das ist wirklich konsequente Demokratie. Nach dem *Contrat* sozial beruht also der Staat, trotz des Titels und trotz der einleitenden Vertragskonstruktion, nicht auf Kontrakt sondern wesentlich auf Homogenität. Aus ihr ergibt sich die demokratische Identität von Regierenden und Regierten.“ Mit diesem Verständnis behauptete Schmitt dann auch einen Gegensatz von Demokratie und Liberalismus, die „voneinander getrennt werden“ müßten, während er Diktaturen zubilligte, sie seien „zwar antiliberal, aber nicht notwendig antidemokratisch“. <sup>25</sup> Konsequenterweise lief hier denn auch das Plädoyer für ein identitäres Demokratieverständnis auf die Rechtfertigung der Diktatur hinaus, was später noch ausführlicher dargestellt werden soll.

Im gegenwärtigen Diskurs der Neuen Rechten der Bundesrepublik Deutschland zur Parlamentarismus- und Parteienkritik wird mit oder ohne direkten Bezug auf Carl Schmitts diesbezügliche Auffassungen argumentiert. So bemerkt etwa Klaus Kunze in einem „Plebiszite als Weg aus dem Parteienstaat“ betitelten programmatischen Artikel in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“: „Wer sich mit den Strukturmerkmalen der Demokratie (Identität der Herrscher und der Beherrschten)

und des Parlamentarismus (legitime Herrschaft der Repräsentanten über die Repräsentierten) befaßt hat, weiß natürlich, daß sie einander ausschließende Prinzipien beinhalten und daß ein parlamentarisches System genau genommen eben keine Demokratie sein kann.“ Der Autor baut somit einen Gegensatz von Demokratie und Repräsentativprinzip auf und meint ähnlich wie sein geistiges Vorbild Carl Schmitt, daß Demokratie den Parlamentarismus ausschließe. Hier eröffnet sich entsprechend die Möglichkeit, im Namen der so umgedeuteten Vorstellung einer identitären Demokratie gegen die bestehende repräsentative Demokratie zu agitieren. Kunze meint denn auch offen: „Die Parteienherrschaft beruht wesentlich auf dem strikten Repräsentativprinzip und dieses Prinzip muß daher durchbrochen werden.“ <sup>26</sup>

In Plebisziten sieht er ein dahingehendes Mittel und bezieht sich in seiner Argumentation auf den Parteiensoziologen Robert Michels, dessen diesbezügliche Auffassungen ihn zu einem späteren Anhänger der „Führerdemokratie“ im Sinne des italienischen Faschismus werden ließen. Hinauslaufen würden Kunzes Forderungen auf eine völlige Entmachtung des gewählten Parlaments gegenüber der Regierung, womit ein tragender Pfeiler der Gewaltenteilung *de facto* ausgehebelt wäre. Dies bezweckt auch die Auffassungen, einen Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. Kunze dazu in einem anderen Beitrag: „Dürfte das Volk dagegen seinen Präsidenten selbst wählen, der das Ganze repräsentiert und durch seinen Kanzler regiert, würden die Probleme gar nicht auftauchen, die heute zur Forderung nach einem Mehrheitswahlrecht für den Bundestag führen: Dem Parlament wäre die Bürde genommen, für eine 'stabile Regierung' geradestehen zu müssen und ungeniert könnten sich hier die vielfältigsten Interessen, Parteien und Meinungen tummeln. Stabil regiert würde anderswo!“ <sup>27</sup> Das Zitat zeigt deutlich, daß das Parlament zwar nicht direkt abgeschafft, aber auf eine verbale „Spielwiese“ herabgewürdigt werden soll, während die politischen Entscheidungen auf ganz anderer Ebene fallen.

• • • • •

24 Vgl. Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln/Opladen 1961.

25 Vgl. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923/26), Berlin 1985, S. 20, 19 und 22.

26 Vgl. Klaus Kunze, Plebiszite als Weg aus dem Parteienstaat, in: Junge Freiheit, Nr. 10/Okttober 1992, S. 23.

27 Vgl. Klaus Kunze, Wer vertritt das Volk?, in: Junge Freiheit, Nr. 5/4. Februar 1994, S. 2.

Damit wird eben gerade nicht eine Präsidialdemokratie im Sinne von demokratischen Verfassungsstaaten wie z.B. in den USA angestrebt, vielmehr laufen die Forderungen auf eine Art Präsidialsystem hinaus, welches sich durch eine sich als Plebiszit ausgebende Akklamation legitimiert. Nicht zufällig hatte Carl Schmitt, auf den sich Kunze mit seinem Demokratieverständnis beruft, in der oben erwähnten Schrift davon gesprochen, daß das Volk seinen Willen durch selbstverständliches, unwidersprochenes Dasein ebensogut und noch besser demokratisch äußert als durch ein Registriersystem geheimer Abstimmungen.<sup>28</sup> Es geht dem Autor also offensichtlich mit der Forderung nach Plebisziten nicht um die stärkere Partizipation von Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen, vielmehr sollen sie der Legitimation eines starken Mannes an der Spitze des Staates dienen. In dieser Sicht besteht das Volk denn auch nicht aus mündigen, reflektierenden Individuen, sondern aus einer passiven Masse, die sich lediglich im zustimmenden Zuruf, in der Akklamation äußert. Allerdings werden derartige Konsequenzen bei der beabsichtigten Vereinnahmung des Demokratiebegriffs von den Vertretern der Neuen Rechten nicht immer deutlich formuliert.

Häufig verwenden sie bei ihrer Parlamentarismus- und Parteienkritik bei Äußerungen über den Einfluß der Parteien, deren Finanzierung aus dem Staatshaushalt oder der Funktionsfähigkeit des Parlaments auch Argumente, die von Demokraten unterschiedlichster Couleur wie von Hans Herbert von Arnim oder Richard von Weizsäcker. Während diese Autoren jedoch eine Reform in den genannten Politikfeldern im systemimmanenten Sinne anstreben, geht es den Anhängern der Neuen Rechten um das Schüren von Ressentiments gegen Parlament und Parteien, was letztendlich auf die von Kunze geforderte Systemüberwindung abzielt. Das Anknüpfen an einen in diesem Zusammenhang auch von Demokraten geprägten Diskurs dient dabei dem Versuch, in eine breitere gesellschaftliche Debatte hineinzuwirken, dort um Aufmerksamkeit und Akzeptanz zu werben und die vorhandene Parlamentarismus- und Parteien-

kritik längerfristig mit den eigenen Grundpositionen in Einklang zu bringen. Daher erhält die erwähnte Umpolung des Demokratiebegriffs hin zu einem Verständnis im Sinne von identitärer Demokratie auch eine wichtige Funktion für die Außenwirkung, erlaubt sie doch die Verdammung der bestehenden parlamentarischen Demokratie im Namen der Demokratie bei gleichzeitiger Ignorierung des eigentlichen extremistischen Hintergrundes.

Je nach Bedeutung und Stellenwert der eigenen politischen Auffassungen im gesellschaftlichen Diskurs muß eine geistige Strömung wie die Neue Rechte taktisch bedingte Rücksichten nehmen. Von daher halten sich deren Vertreter in der Regel hinsichtlich der Absichten und Folgen ihrer Kritik eher bedeckt, wie etwa auch Kunzes Veröffentlichungen zeigen: In bestimmten Phasen oder Publikationsorganen formuliert er sehr deutlich die Absichten mit der Parlamentarismus- und Parteienkritik eine Systemüberwindung anzustreben, bei anderen Gelegenheiten hält er sich diesbezüglich zurück und formuliert kaum von den erwähnten demokratischen Kritikern unterscheidbare Positionen zu den erwähnten Themenfeldern. Im Kontext von Kunzes grundlegenden Auffassungen hinsichtlich des antiparlamentarischen Demokratieverständnisses und der Orientierung an den Lehren von Carl Schmitt zeigt sich allerdings der extremistische Hintergrund derartiger Meinungsäußerungen. Bei dem Verweis auf solche, taktisch bedingte Rücksichtnahmen handelt es sich keineswegs um eine Unterstellung. Karlheinz Weißmann, ein anderer später noch näher vorzustellender Vertreter der Neuen Rechten, formulierte denn auch für das eigene politische Lager: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muß entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist.“<sup>29</sup>

Um die im letzteren Sinne bewußt verborgen gehaltenen eigentlichen politischen Zielsetzungen von Diskursen aufzuschlüsseln, bedarf es der Analyse der dabei angewendeten Methode der Insinuation.

• • • • •

28 Vgl. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (Anm. 32), S. 22.

29 Vgl. Karlheinz Weißmann, Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme, in: Criticon, 16. Jg., Nr. 96/1986, S. 176-178, hier S. 178.

Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer definierte dieses Stilmittel wie folgt: „Insinuation wird gehandhabt als die starke und letztendlich eindeutige Andeutung des Gemeinten, die nichts offen läßt, ohne aber das Gemeinte zitierbar eindeutig zu sagen. Die Methode der Insinuation beruht auf dem Prinzip, etwas in der Sache zu behaupten, ohne es in der Form beweiskräftig behauptet zu haben. Die Eingeweihten wissen, was gesagt werden soll. Gegen jeden Außenstehenden kann das Gemeinte mit Verweis auf den nackten Wortlaut, wo es angebracht erscheint, bestritten werden.“<sup>30</sup> Allerdings besteht bei einem darauf bezugnehmenden Analyseverfahren auch

immer die Gefahr, daß in die jeweils analysierten Diskurse und Texte auch Absichten hineininterpretiert werden, die der jeweilige Autor nicht notwendigerweise so gemeint haben muß. Hier bietet das Kriterium der Häufigkeit entsprechender Inhalte oder das der gezielten Platzierung bestimmter Positionen ein zuverlässiges Kontrollkriterium. Hinzu kommt, daß dem geistesgeschichtlichen und ideologischen Hintergrund der jeweiligen Argumentationsmuster eine besondere Bedeutung zugemessen werden sollte, wie dies oben anhand der Analyse von Kunzes Parlamentarismuskritik geschehen ist. ■

• • • • •

30 Vgl. Thomas Meyer, Methoden und Strategien. Insinuation als Stilmittel, in: Friedrich-Ebert-Stiftung / Akademie der Politischen Bildung (Hrsg.), Am rechten Rand, Analysen und Informationen für die politische Bildung, Bonn 1995, S. 18-19, hier S. 18.

Armin Pfahl-Traughber

## Politische Klassiker der Neuen Rechten – Biographisch-politische Portraits der geistigen Vorbilder einer rechtsextremistischen Ideologievariante

### Vorbemerkung

Die als ein wichtiges publizistisches Forum der Neuen Rechten anzusehende Wochenzeitung „Junge Freiheit“ schrieb in einem Artikel: „Die Ideen neudeutscher Rechtsintellektualität entstammen – entgegen einem weitverbreiteten Mißverständnis – nur zu einem geringen Teil der französischen ‚Nouvelle Droite‘ ...; eher schon stehen sie den italienischen ‚Nonkonformen‘ nahe. Die soziologischen Analysen der Michels, Pareto, Mosca ...“<sup>1</sup> werden damit angesprochen. Daß diese italienischen „Nonkonformen“ intellektuelle Gegner des demokratischen Verfassungsstaates und ideologische Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus waren, problematisiert eine derartige Rezeption nicht. Offenkundig meint man, dies aufgrund von deren spezifischer Wahrnehmung in der deutschen politischen und wissenschaftlichen Diskussion unberücksichtigt lassen zu können, gelten doch die genannten Personen als zwar umstrittene, aber anerkannte soziologische Klassiker. In ähnlich einseitiger Form werden auch andere Intellektuelle, die eine den Genannten verwandte politische Rolle und Wirkung hatten, als geistige Bezugsfaktoren der Neuen Rechten genannt.

Bei Vertretern der Konservativen Revolution der Weimarer Republik hebt man etwa einseitig deren Differenzen zum Nationalsozialismus hervor, ohne die mit diesem konform gehende Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und Übereinstimmung in ideologischen Grundsatzfragen zu problematisieren. Sie verfügen zwar über kein

so großes Ansehen wie die erwähnten italienischen Autoren, gelten aber im öffentlichen wie wissenschaftlichen Bewußtsein nicht primär als intellektuelle Antidemokraten, sondern je nach Betrachter lediglich als interessante oder umstrittene Intellektuelle. Vor diesem Hintergrund erhellt auch die Beschäftigung mit den politischen Klassikern der Neuen Rechten deren politischer Standort im Spannungsverhältnis von Demokratie und Extremismus. Diese geistigen Vorbilder einer gegenwärtigen ideologischen Strömung des Rechtsextremismus<sup>2</sup> sollen hier in einer Reihe von biographisch-politischen Kurz-Portraits vorgestellt werden.<sup>3</sup>

### Teil 1: Vilfredo Pareto

Den Anfang macht hierbei Vilfredo Pareto<sup>4</sup>, der als Ökonom und Soziologe auch heute noch über ein nicht zu unterschätzendes Ansehen in den jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen verfügt. Auf seinen wirtschaftstheoretischen Analysen fußen etwa die nach ihm benannten Bezeichnungen „Pareto-Optimum“, was für ein bestimmtes Verständnis der modernen Wohlfahrtsökonomie steht, und „Pareto-Verteilung“, womit sich eine Theorie der personellen Einkommensverteilung verbindet. Für die Soziologie gilt er als einer ihrer modernen Klassiker<sup>5</sup>, wobei insbesondere seine Handlungslehre, aber auch seine Elitetheorie von Bedeutung sind. Der Zusammenhang dieser Lehre mit der Ablehnung des Parlamentarismus einerseits und der Bejahung antidemokratischer Elitenherrschaft andererseits soll im folgenden beschrieben werden.

• • • • •

1 Jutta Winckler, Vor einem neuen 1968. Jetzt kommen die Rechtsintellektuellen, in: Junge Freiheit, Nr. 11/November 1992.

2 Vgl. zur diesbezüglichen Einordnung der Neuen Rechten: Armin Pfahl-Traughber, Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik Deutschland. Die Positionen der „Neuen Rechten“, in: Am rechten Rand, Nr. 3/Okttober 1997, S. 2-11.

3 Vgl. auch als ein ähnliches Projekt: Kurt Lenk/Günter Meuter/Henrique Ricardo Otten, vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt/M. 1997.

4 Vgl. Gottfried Eisermann, Vilfredo Pareto. Ein Klassiker der Soziologie, Tübingen 1987; Piet Tommissen, Vilfredo Pareto, in: Dirk Käsler (Hrsg.), Klassiker des soziologischen Denkens, Bd. 1: Von Comte bis Durkheim, München 1976, S. 201-231.

5 Vgl. Raymond Aron, Hauptströmungen des modernen soziologischen Denkens. Durkheim – Pareto – Weber, Reinbek 1979, S. 96-175.

Zunächst aber einige Anmerkungen zur biographischen Entwicklung: Der 1848 geborene Pareto studierte am Polytechnikum in Turin und promovierte 1869 mit einer Arbeit über die grundlegenden Prinzipien der Theorie der Elastizität fester Körper. Danach arbeitete er als Ingenieur bei den Römischen Eisenbahnen und wurde anschließend Direktor einer Eisenbahngesellschaft. 1882 bewarb Pareto sich vergeblich um das Abgeordnetenmandat im Wahlkreis Pistoja-Prato, womit seine erste und einzige Erfahrung mit realer Politik verbunden war. Dieses auch als persönliche Niederlage empfundene Scheitern dürfte mit einer ablehnende emotionale Haltung gegenüber Wahlkandidaturen und der damit verbundenen politischen Prinzipien geführt haben, mußte sich Pareto doch auch selbst dieses vergebliche Bemühen erklären. Damit verbundene Eindrücke prägten auch sein späteres soziologisches Werk, wo etwa behauptet wird, die Plutokratie ließe nur die ihr Gewissen und ihren Glauben um des Vorteils willen Verratende als Angehörige einer herrschenden Elite zu.<sup>6</sup>

Autodidaktisch eignete sich Pareto ein umfassendes Wissen zu den verschiedensten Themengebieten an, wobei er sich insbesondere für national-ökonomische Theorie interessierte. 1893 wurde Pareto auf einen entsprechenden Lehrstuhl nach Lausanne berufen, wo er bis 1911 wirkte. In jener Phase veröffentlichte Pareto zahlreiche Bücher und Zeitschriftenaufsätze zu den unterschiedlichsten soziologischen und ökonomischen Fragestellungen, wobei die den Marxismus als reine Utopie entlarven wollenden Arbeiten einen thematisch herausragenden Stellenwert hatten. Zu den Hauptwerken gehörten „Cours d'économie politique“ (1896), eine Darstellung der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft, „Les systèmes socialistes“ (1902), eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialistischen Lehren, „Manuale di economia politica“ (1906) zur politischen Ökonomie und „Trattato di sociologia generale“ (1916), sein in über zweitausend Paragraphen gegliedertes so-

ziologisches Hauptwerk.<sup>7</sup> 1901 hielt er übrigens auf Einladung des später noch vorzustellenden Georges Sorel eine Gastvorlesung über die reine Wirtschaftstheorie in Paris. Nach der Emeritierung beschäftigte sich Pareto weiterhin mit wissenschaftlichen Fragen der unterschiedlichsten Fachdisziplinen bis zu seinem Tod im August 1923.

Kurz nach der Ernennung Mussolinis zum Ministerpräsidenten ernannte man Pareto im Dezember 1922 zum Vertreter Italiens in der Abrüstungskommission des Völkerbundes und im März 1923 zum Senator. Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis Paretos zum Faschismus und umgekehrt.<sup>8</sup> Mussolini hatte eine Zeitlang Paretos Vorlesungen in Lausanne besucht und sich von diesen – insbesondere bezüglich der sogenannten realistischen Darstellung sozialer Prozesse und deren Wahrnehmung über eine Elitetheorie – beeindruckt gezeigt. Ein Lehrer-Schüler- oder gar ein engeres persönliches Verhältnis scheint aber offenbar nicht bestanden zu haben. Pareto selbst nahm gegenüber der faschistischen Bewegung eine wechselhafte Auffassung an: Vor dem Regierungsantritt Mussolinis herrschte eine reservierte Einstellung vor, die danach in Form von anerkennenden Worten über das neue Regime stärkerer Zustimmung wich. Allerdings geschah dies immer noch – im Schwanken zwischen Hoffnung und Skepsis – mit Vorbehalten, insbesondere hinsichtlich der Befürchtung von kriegerischen Verwicklungen und der Einschränkung der Meinungsfreiheit, wobei letzteres keineswegs grundsätzlich mit einer Verteidigung des damit verbundenen Menschenrechts einher ging, was noch zu zeigen sein wird.

Pareto selbst gehörte nach dem Regierungsantritt Mussolinis zu den am intensivsten von Vertretern des Regimes umworbenen Intellektuellen und Wissenschaftlern: In faschistischen Publikationsorganen erschienen Lobeshymnen auf ihn, sogar die Bezeichnung „Karl Marx des Faschismus“

• • • • •

6 Vgl. Gottfried Eisermann (Hrsg.), Vilfredo Paretos System der allgemeinen Soziologie. Einleitung, Texte und Anmerkungen, Stuttgart 1962, S. 10f. und 238.

7 Vilfredo Pareto, Cours d'économie politique, Lausanne 1896/97; ders., Les systèmes socialistes, Paris 1902; ders., Manuale d'economia politica, Milano 1906; ders., Trattato di sociologia generale, Milano 1916.

8 Vgl. Gottfried Eisermann, Pareto, Pate des Faschismus, in: Forum, 1 Jg., Nr. 3/1947, S. 11-14; Piet Tommissen, Vilfredo Pareto und der italienische Faschismus, in: Ernst Forsthooff/Reinhard Hörstel (Hrsg.), Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974, Frankfurt/M. 1974, S. 365-391.

kursierte und Mussolini schlug ihn für hohe Ehrungen vor. Allerdings weigerte sich Pareto damit verbundene Ernennungen anzunehmen oder umging hierbei eigentlich notwendige Schritte. Die Motive dafür bleiben im Unklaren, sie können ebenso in politischen Differenzen wurzeln wie durch andersweitige private Belastungen begründet sein. Nach Paretos Tod interessierten sich weder die faschistischen Ökonomen noch Soziologen sonderlich für dessen Werk, wenngleich dahingehende Einflüsse in indirekter Form durchaus feststellbar sind. Insbesondere die Elitetheorie und die Marxismuskritik bildeten hier Anknüpfungspunkte für eine positive Rezeption Paretos, der allerdings nicht als der Theoretiker des Faschismus angesehen werden kann. Wichtige im Folgenden noch näher darzustellende, demokratietheoretisch bedeutsame Aspekte seines Werkes machen ihn aber durchaus zu einem ideologischen Gegner der Wertvorstellungen eines demokratischen Verfassungsstaates und damit indirekt auch zu einem intellektuellen Wegbereiter des Mussolini-Regimes.

Ausgangspunkt von Paretos soziologischem Denken ist das am Ideal der exakten Naturwissenschaften ausgerichtete Bekenntnis zu einer reinen Erfahrungswissenschaft, die sich normativen Bewertungen völlig entziehen sollte. Da er nichts befürchte, erhoffe oder verlange, hielt ihn auch nichts davon ab, die Wahrheit zu sagen. Völlig frei von Gefühlen und Werten müsse man sich gesellschaftlichen Entwicklungen um einer wirklich wissenschaftlichen Darstellung und Analyse willen nähern; ein anders ausgerichtetes Wissenschaftsverständnis stellte er unter Ideologie- oder Religionsverdacht. Dabei problematisierte Pareto verständlicherweise nicht den ihm selbst eigenen Fanatismus und Sarkasmus, der immer wieder bei der Beschreibung von konkreten Fallbeispielen oder der Kommentierung von abgelehnten Positionen zum Ausdruck kommt. Ein solches Wissenschaftsverständnis schließt darüber hinaus – um eines angeblichen Realismus willen – die Gültigkeit ethischer Werte aus. Eine Auffassung von der naturrechtlichen Begründung der Menschenrechte etwa steht solchen Positionen diametral gegenüber und gilt in Paretoscher Sicht als bloßer Humanitätsglaube.

Derartige Sichtweisen prägten auch die Handlungslehre, die zwischen logischen und nichtlogischen Handlungen unterschied: Erstere sah Pareto dann als gegeben an, wenn das erreichte Ziel mit dem von Handelnden verfolgten Zweck übereinstimmte. Demgegenüber seien nichtlogische Handlungen solche, deren Resultat nicht mit dem vom Handelnden verfolgten Zweck übereinstimme. Entweder mangle es an einer vorsätzlichen Absicht oder das vom Handelnden angestrebte Ziel sei nicht zu erreichen. Pareto ging es dabei darum nachzuweisen, daß die nichtlogischen Handlungen bei den menschlichen Tätigkeiten überwiegen. Kritikwürdig und verwerflich erschien ihm dabei nicht der Tatbestand als solcher, sondern der Versuch, nichtlogische Handlungen als logische zu rechtfertigen. So würden etwa Handlungen als Ausdruck rationaler Erkenntnisse und Entscheidungen dargestellt, seien aber viel stärker durch Gefühle, Leidenschaften und Triebe motiviert. Deren Verschleierung durch scheinbar logische Motive bezeichnete Pareto als Phänomen mit dem selbst geschaffenen Kunstwort „Derivationen“, während er im Unterschied zu diesen pseudologischen die offen erkennbaren nichtlogischen Handlungsmotive psychischer Art (Instinkte, Triebe etc.) mit der ebenfalls selbst geschaffenen Bezeichnung „Residuen“ kennzeichnete.

Neben dieser Lehre von Handlungsmotivationen kommt für Paretos Soziologie noch seiner Theorie von der Zirkulation der Eliten eine besondere Bedeutung zu: Im Unterschied etwa zur marxistischen Gesellschaftslehre, die die Geschichte als einen Kampf von Klassen deutete, sah Pareto die historische Entwicklung auf der politischen und sozialen Ebene durch einen ständigen Wechsel der Eliten gekennzeichnet. Derartige Entwicklungen würden von den Historikern nicht zur Kenntnis genommen; diese gingen fälschlicherweise immer davon aus, Konflikte in der Geschichte seien vom Aufeinandertreffen von Aristokratie und Regierung einerseits und dem Volk andererseits geprägt. Demgegenüber meint Pareto, es sei in Wirklichkeit anders: „1. Es handelt sich um einen Kampf zwischen zwei Aristokratien. 2. Die an der Macht befindliche Aristokratie wechselt ständig; die heutige wird nach einem gewissen Zeitraum durch ihre Gegner ersetzt. ... Ein Zei-

chen, das fast immer die Dekadenz einer Aristokratie ankündigt, ist das Eindringen humanitärer Gefühle und manierter Gefühlsduselei, die sie unfähig machen, ihre Positionen zu verteidigen.“<sup>9</sup> Insofern teilte Pareto diesbezüglich die Gesellschaft in drei Bereiche ein: die herrschende Elite, die nicht-herrschende Elite und das Volk. Die nicht-herrschende Elite versuche im Namen des Volkes die herrschende Elite zu stürzen, um selbst herrschende Elite zu sein, um dann später wieder von einer anderen nicht-herrschenden Elite in dieser Funktion abgelöst zu werden.

Damit entwickelte Pareto ein primär auf machtpolitische Veränderungen fixierte Sichtweise der historische Entwicklung, ähnlich der des von ihm verehrten Niccolò Machiavelli in dessen „Il Principe“. Die skizzierte Auffassung von der Zirkulation der Eliten berücksichtigt darüber hinaus keine anderen Gesichtspunkte, sie kennt weder die Problematik unterschiedlicher Legitimationsformen von politischer Herrschaft, ob demokratisch oder diktatorisch, noch vermag sie ein Verständnis von Fortschritt, etwa im Sinne einer Verbesserung gesellschaftlichen und politischen Lebens, zu entwickeln. Geschichte erscheint in dieser zyklischen Sicht als die ewige Wiederkehr des Gleichen. Sinnstiftende Elemente menschlichen Handelns spielen dabei keine Rolle; im Gegenteil, gelten sie doch allenfalls als verschleierte Ausdruck von Emotionen oder als neue Form einer Religion. Daß dies von den Anhängern damit verbundener Auffassungen ganz anders gesehen wurde, nötigte Pareto nicht zu weitergehenden Überlegungen: Dies war für ihn Ideologie, er betrieb Wissenschaft. Paretos diesbezügliches Verständnis nahm denn auch nur die natürlichen Instinkte des Menschen als relevant wahr, womit sich auch erklärt, warum er menschliches Miteinander in Geschichte und Gegenwart nur über eine herrschafts- und machtpolitische Sicht interpretierte.

Derartige soziologische und wissenschaftstheoretische Auffassungen machten sich konsequenterweise auch in Paretos politischen Einschätzungen und Positionen bemerkbar, offenbarte der einflußreich wirkende Soziologe doch eine ablehnende Haltung gegenüber den Wertvorstellungen

eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ebenso wie die Bejahung eines autoritären bis diktatorischen Systems. Derartige Positionen mußten sich nicht zwingend aus seiner Wissenschaftsauffassung, Handlungslehre oder Eliten-Theorie entwickeln, in ihnen waren aber entsprechende Ansatzpunkte durchaus vorhanden: Durch die Handlungslehre wurde etwa die Gültigkeit von Normen wie den Menschenrechten als verschleierte Ideologie objektiv in Frage gestellt, womit eine tragende Wertesäule eines demokratischen Verfassungsstaates delegitimiert wird. Mit dem Paretoschen Wissenschaftsverständnis werden historisch-politische Prozesse nur noch als Anwendung von oder Bemühungen um Herrschaftstechniken gesehen, womit sich automatisch ein Votum zugunsten eines autoritären Machtstaates verbindet. Und schließlich negiert die Elite-Theorie mit der Auffassung vom Kampf zwischen herrschender und nicht-herrschender Elite das Volk als politischen Faktor, was bei Pareto dann auch konsequenterweise in der Ablehnung des Gedankens von der Volkssouveränität führte.

In aller Deutlichkeit offenbarten sich die demokratiethoretischen Konsequenzen derartiger Auffassungen Paretos in einem kurz nach seinem Tode 1923 erschienenen kürzeren Aufsatz mit dem Titel „Pochi punti di un futuro ordinamento costituzionale“ („Einige Bemerkungen zu einer künftigen Verfassungsordnung“), der auch als „Politisches Testament“ des Autors gilt. Er will darin ähnlich wie Machiavelli in seinem „Il Principe“ einige Lehrsätze aus der geschichtlichen Erfahrung vortragen: Gewalt und Konsens sind für Pareto die Fundamente der Regierung. „Deshalb verdienen es die beiden wichtigsten, bisher vom Faschismus getroffenen Maßnahmen, daß man sie ohne Einschränkung lobt: die Gründung der nationalen Miliz und die Bildung der Regierung, nicht durch Vertreter der parlamentarischen Cliques, sondern der im Lande bestehenden, großen Strömungen der Gefühle.“ Zwar meint Pareto ganz in diesem Sinne, „... die Herrschaft des Volkes taugt wenig und die seiner Repräsentanten noch weniger“, das Parlament sei aber durchaus nützlich und erhaltenswert, allerdings nicht als politischer Entscheidungsträger, son-

• • • • •

<sup>9</sup> Vilfredo Pareto, *Ausgewählte Schriften*. Herausgegeben und eingeleitet von Carlo Mongardini, Frankfurt/M. – Berlin – Wien 1975, S. 130f.

dern lediglich als Forum für die Artikulation der Gefühle, Interessen und Vorurteile der Massen:

Denn, so Pareto: „Den Modus suchen, damit eine übermächtige Kammer eine starke Mehrheit besitze, heißt, für den eigenen Schaden zu sorgen. ... Und auch wenn Ihr heute eine Mehrheit habt – wer kann Euch sicherstellen, daß Ihr sie morgen noch werdet wahren können; die Erfahrung lehrt, daß die großen Mehrheiten sich rasch auflösen.“ Die gegenwärtige Kammer sei für den Faschismus optimal, sie könne keinen Schaden anrichten. In diesem Sinne ruft Pareto auf: „Ersetzt die Impotenz der Kammer durch die Potenz einer Elite“. Eine solche könne allerdings auch nicht nur durch Gewalt regieren, sondern bedürfe des Konsenses. Um aber zu wissen, worin der Konsens der Mehrheit bestehe, sei eine Kammer überaus nützlich, ebenso die Pressefreiheit und das Referendum. All das gilt Pareto als Gradmesser für die Akzeptanz der Regierung, der gegenüber zwar Unmut geäußert werden könne, politisch wirkungsvolle oppositionelle Bestrebungen gelte es aber zu unterdrücken: „Laßt die Raben krächzen, aber seid unerbittlich in der Unterdrückung der Taten. Wer sie vollbringen will, muß wissen, daß die Macht ihn ohne Barmherzigkeit schlägt ... und das Wahrscheinlichste ist, daß er nicht einmal versucht, sie zu vollbringen.“

Insofern könne man auch großen Strömungen von Gefühlen, seien diese philosophischer oder religiöser Natur, einen Freiraum zur Artikulation geben, ohne den Verlust von Machtpositionen befürchten zu müssen. „Die schlimmsten Feinde einer Ordnung“, so Pareto, „sind diejenigen, die sie ins Extrem treiben wollen.“ Dies gelte es auch bei der Reorganisation der kommunalen Institutionen in Italien zu berücksichtigen. „Den besten Wahlmodus für die kommunalen Räte zu suchen ist weniger dringlich, als die Methode zu finden, die Macht dieser Räte zu begrenzen.“ Genau darauf komme es nämlich an, nicht mittels repressiver Gängelung, sondern durch formale Vorschriften solle deren Wirkungsmöglichkeiten Einhalt geboten werden. Abschließend bemerkt Pareto: „Der Mittel sind unzählige, das Ziel ist

• • • • •

einzig und allein, sich der demokratischen Ideologie von der Souveränität der Mehrheit zu entledigen. Das Ansehen, der Schein, sollen ihr bleiben, weil dies mächtigen Gefühlen schmeichelt, doch die Substanz gehöre einer Elite, weil dies ... das Beste ist.“<sup>10</sup> In diesem „Politischen Testament“ betätigte sich der Autor also ganz offen als Berater des faschistischen Mussolini-Regimes, dem es mit der Betonung der Notwendigkeit bestimmter Freiheiten eben nicht um die Wahrung von Rechten, sondern um die effektvollere Absicherung der sich gegen die Volkssouveränität richtenden Elitenherrschaft ging.

## Teil 2: Julius Evola

Im Unterschied zu Pareto zählt der nächste hier zu porträtierende intellektuelle Sympathisant und Wegbereiter des italienischen Faschismus nicht zu den auch heute noch angesehenen soziologischen Elitetheoretikern, handelt es sich doch bei Julius Evola<sup>11</sup> um einen Kulturphilosophen, der mit seiner die ganze moderne Welt zugunsten der antiken Tradition verwerfenden Auffassung nur die Rolle eines Außenseiters spielte. Gleichwohl kommt ihm als kritischem Sympathisanten des italienischen Faschismus im vorliegenden Kontext aus mehreren Gründen Bedeutung zu: Evola wies nicht nur ideologische Gemeinsamkeiten zu den Jungkonservativen und Nationalrevolutionären der Weimarer Republik auf, sondern verfügte auch über persönliche Kontakte und publizierte in deren Organen (z.B. „Deutsches Volkstum“, „Europäische Revue“, „Der Ring“, „Widerstand“). Der gegenwärtigen Neuen Rechten in Deutschland und Europa gilt er als philosophischer und politischer Klassiker, wie entsprechende Nachdrucke und Rezeptionen zeigen. Und schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß Evolas spirituelle Auffassungen und Schriften ihm auch in der gegenwärtigen esoterischen Szene der westlichen Länder eine gewisse Aufmerksamkeit eingetragen haben.

Der 1898 geborene Sohn einer sizilianischen Landadelsfamilie kam schon relativ früh mit futuristischen Künstlerkreisen in Kontakt, wodurch er

10 Vilfredo Pareto, Einige Bemerkungen zu einer künftigen Verfassungsordnung. „Politisches Testament“ (1923). Eingeleitet und übersetzt von Günter Maschke, in: *Etappe*, Nr. 6/Dezember 1990, S. 92-96.

11 Vgl. H. T. Hansen, Julius Evoals politisches Wirken, in: *Julius Evola, Menschen inmitten von Ruinen* (1953), Tübingen 1991, S. 7-132; Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Europa. Seine geistigen Quellen in Porträts aus zwei Jahrtausenden*, Bd. II, Heroldsberg 1982, S. 405-413.

sich zum – zunächst nur kulturellen und sozialen – Bruch mit dem von ihm verachteten Bürgertum motiviert sah. Von daher schloß Evola, der im Ersten Weltkrieg als Artillerieoffizier kämpfte, auch ein zunächst angefangenes Ingenieurstudium nicht ab. Später wandte sich Evola wieder vom Futurismus aufgrund dessen von ihm behaupteten Mangels an echter Innerlichkeit ab und der abendländischen Mystik und östlichen Religionen zu. Seit Mitte der zwanziger Jahre veröffentlichte er eine Reihe von Artikeln, Aufsätzen und Büchern, die für die Befreiung der traditionellen Magie von damals zeitgenössischen theosophischen Prägungen eintraten. 1927 gründete Evola gar eine in diesem Sinne wirkende „Gruppe von UR“, die sich nach inneren Umbrüchen und äußerem Druck dann unter dem Namen „Kruur“ neu gruppierte und jeweils unter den Organisationsnamen eigene Publikationsorgane herausgaben. Innerhalb dieser Gruppen wurden auch Riten vollzogen, welche den Mussolinischen Faschismus mit dem spirituellen Geist des antiken römischen Imperiums beseelen sollten. Ähnliche Zielsetzungen verfolgten dann auch Evolas folgende, mehr politisch ausgerichtete Schriften:

1928 erschien „Imperialismo Pagano“ (Heidnischer Imperialismus), worin der Autor den kulturellen Niedergang Europas beklagte, deren Wurzeln er in der antihierarchischen Haltung sah, welche auch zur Rückbildung der Kasten geführt habe. Darüber hinaus behauptete Evola die Unmöglichkeit einer demokratischen Selbstregierung und die Irrationalität des Gleichheitsgedankens, wobei letzteres sogar offen mit einer Rechtfertigung der Sklaverei verbunden wurde. Dem allen stellte er das Plädoyer für die Rückorientierung an der nordisch-solaren Urtradition im Sinne einer sakralen Monarchie gegenüber. Insgesamt ging es dem Autor um das Wiedererstehen eines heidnisch geprägten, hierarchisch gegliederten antiken imperialen Staatsmodells: „Wir rufen auf zu einer entschlossenen, bedingungslosen, integralen Rückkehr zur nordisch-heidnischen Tradition. Wir machen Schluß mit jedem Kompromiß, jeder Schwäche, jeder Nachsicht gegenüber allem, was, von der semitisch-christlichen Wurzel

herkommend, unser Blut und unseren Verstand infiziert hat. ... Anti-Europa, Anti-Semitismus, Anti-Christianismus – das ist unsere Losung.“

Die Erstveröffentlichung in Italien erregte relativ großes Aufsehen und entsprechenden Unmut, allerdings weder aufgrund der Ablehnung des Demokratieprinzips noch dem Plädoyer für einen hierarchischen Führerstaat, sondern angesichts der entschiedenen Ablehnung des Christentums und dem Eintreten für das Heidentum. Im Text nahm Evola im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von antisemitischen Äußerungen auch eine enge ideologische Verknüpfung der Ablehnung von Christentum und Judentum vor, meinte er doch etwa, ein radikaler Antisemitismus sei nur bei gleichzeitigem Anti-Christianismus möglich. Ein weiterer Grund für die Kritik an Evolas Plädoyer für die Macht eines neuen Mittelalters und einen Aufstand von barbarischer Reinheit waren die kritischen Bemerkungen zum italienischen Faschismus, die sich allerdings lediglich darauf bezogen, daß deren Führer „von unten gekommene Leute, ohne Namen noch wahre geistige Tradition“ wären. Der Faschismus sei offenbar nicht zu interessieren für die „Schaffung einer Hierarchie im höheren Sinn, die auf rein geistigen Werten beruhte und nur Verachtung hätte für alle Befleckungen durch die ‚Kultur‘ und den modernen Intellektualismus ...“<sup>12</sup>

Aufgrund dieser kritischen Anmerkungen stand Evola dem Mussolini-Regime ambivalent gegenüber: Einerseits erhoffte er sich eine Verbesserung der politischen Situation in Italien im Sinne seiner Auffassungen, gingen sie doch hinsichtlich demokratietheoretischer Aspekte weitgehend mit diesem konform. Andererseits mangelte es dem Philosophen am Faschismus an einem elitären und transzendentalen Element, welches er gern durch seine geistige Wirkung im System implantieren wollte. Da Evola sich mit diesen Auffassungen in einem lagerinternen Konfliktverhältnis mit den italienischen Faschisten befand, kam es ab und an zu Spannungen, die sich etwa in Angriffen faschistischer Schlägertrupps gegen ihn oder indirekten Maßnahmen gegen seine Zeitschrift „La Torre“ ausdrückten. Gleichzeitig ermöglichten es

• • • • •

12 Julius Evola, *Heidnischer Imperialismus* (1928), Leipzig 1933, S. 11 und 98. Die die Sklaverei rechtfertigende Passage findet sich auf S. 28.

Evola andere Teile der faschistischen Partei, seine Positionen in regimetreuen Zeitungen wie etwa „Il Regime Fascista“ zu veröffentlichen. Als Ideellieferant beteiligte er sich etwa auch am Aufbau der „Scuola Mistica del Fascismo“ (Mystische Schule des Faschismus), die 1930 in Mailand zum Aufbau einer spirituell und weltanschaulich geformten Ordenselite zur geistigen Führung des Faschismus gegründet worden war.

1934 veröffentlichte Evola mit „Rivolta Contro Il Mono Moderno“ (Revolte gegen die moderne Welt) sein kulturphilosophisches Hauptwerk. Darin beschrieb er den Übergang von der traditionellen zur modernen Welt als kulturellen Verfall primär über esoterische und kulturphilosophische Aspekte, beklagt diesen dabei als Verlust der transzendenten Dimension in Gesellschaft und Politik und ruft zur Revolte gegen die als Verfallsprodukt angesehene Moderne – und damit auch zur vollständigen Verwerfung von all deren Wertvorstellungen auf. Dazu gehörte etwa auch das Prinzip der Volkssouveränität: „Die Vorstellung, daß der Staat seinen Ursprung im demos hätte und in diesem auch das Prinzip seiner Rechtmäßigkeit und seines Zusammenhalts läge, ist eine ideologische Perversion, typisch für die moderne Welt, und bezeugt im wesentlichen einen Rückschritt. Denn mit dieser Auffassung kehrt man zurück, was für naturhafte soziale Formen ohne geistige Erhöhung charakteristisch war. Und daß nachdem einmal diese Richtung eingeschlagen war, man immer tiefer sinken mußte, bis zur kollektivistischen Welt der Massen und der absoluten Demokratie, ergibt sich aus einer natürlichen Notwendigkeit, nämlich aus dem Gesetz der fallenden Körper.“

Zentrale These von Evolas Ausführungen war die über eine dualistische Darstellung vermittelte Ablehnung der modernen Welt zugunsten der traditionellen Welt. Von daher können alle seine anerkennenden Aussagen und Beschreibungen zur traditionellen Welt als Evolas Auffassungen interpretiert werden. Demgemäß plädierte er auch hier für einen sich primär sakral legitimierenden hierarchisch gegliederten und auf dem Kastenwesen aufbauenden Führerstaat: „Die traditionale

Ordnung als über das Chaos siegreiche ‚Form‘ und Verkörperung der metaphysischen Idee von Stabilität und Gerechtigkeit fand einen wesentlichen Ausdruck im Kastensystem. Die Aufteilung der einzelnen Menschen auf Kasten oder andere gleichwertige Gruppen, entsprechend ihrer Natur und dem verschiedenen Rang der von ihnen ausgeübten Tätigkeiten, gemessen an reiner Geistigkeit, findet sich mit feststehenden Grundzügen in jeder höheren Form traditionaler Kultur und bildet den Wesenskern der uranfänglichen Gesetzgebung und gerechten Ordnung.“<sup>13</sup> Die Zerstörung des Kastenwesens und die Machtergreifung durch niedrige Schichten habe konsequenterweise denn auch deren Geist inthronisiert, wodurch jedes sakrale und übernatürliche Element nur noch auf die Religion und nicht mehr auf die Politik Anwendung finden könne.

Zu persönlichen Begegnungen Evolas mit Mussolini kam es erst in den vierziger Jahren, wobei hier das Interesse des Faschistenführers an Evolas Rasselehre in dessen Buch „Sintesi di dottrina della Razza“ (Synthese einer Rassenlehre)<sup>14</sup> den Anstoß gab. Im Unterschied zum nationalsozialistischen Rasseverständnis war das faschistische zwar auch biologistisch, aber nicht ausschließlich biologistisch ausgerichtet, betonte Evola doch auch die Bedeutung von geistigen und spirituellen Qualitätsmomenten. Insofern war sein Antisemitismus nicht rein rassistisch motiviert, vielmehr sah Evola in den Juden ein Synonym für und Wegbereiter der Moderne, was ihn allerdings auch nicht daran hinderte, sich positiv auf primitive Verschwörungsauffassungen zu beziehen. Nach Mussolinis Sturz von 1943 und dem Aufbau der „Repubblica Sociale Italiana“ (RSI) bzw. der Republik von Salò schlug Evola sich auf deren Seite. Vor dem alliierten Vormarsch floh er 1944 nach Wien, wo der Philosoph bei einem Bombenangriff schwer verwundet wurde. Bis zu seinem Lebensende blieb er fortan an beiden Beinen gelähmt. 1948 kehrte Evola nach längeren Krankenhausaufenthalten nach Rom zurück und ab 1949 betätigte er sich bereits wieder als Autor in rechtsextremistischen Zeitschriften.

• • • • •

<sup>13</sup> Julius Evola, Revolte gegen die moderne Welt (1934), Vilsbiburg 1993, S. 53f. und 123.

<sup>14</sup> Julius Evola, Grundrisse der faschistischen Rassenlehre, Berlin 1942.

1953 meldete sich Evola noch einmal mit einer politischen Schrift mit dem Titel „Eli uomini e le rovino“ (Menschen inmitten von Ruinen) zu Wort. Er bemerkte im Vorwort zu einer späteren Neuauflage, es habe seinerzeit die Chance der Herausbildung einer „Rechtsgruppierung“ gegeben: „rechts, nicht im politischen, sondern auch und vor allem im idealen und spirituellen Sinne. So hatte ich es für nützlich gehalten, die Grundsätze, Werte und Hauptlinien einer Staatslehre zu formulieren, die dieser eventuellen Gruppierung dienen sollten ...“ Entsprechend dieser Absicht und Zielsetzung gliederte sich das Werk, worin Evola zu den verschiedensten philosophischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen programmatische Positionen vorstellte. Inhaltlich formulierte er dabei seine Ablehnung von Demokratie, Gleichheitsprinzip und Individualismus, heißt es doch etwa: „So ist jede Demokratie in ihrem eigenen Prinzip eine Schule der Immoralität, eine Beleidigung der Würde und der inneren Haltung, wie sie sich für eine politische Klasse ziemen.“ oder „Wer Bewußtsein und Würde als Person besitzt, kann nicht anders, als sich beleidigt fühlen, wenn, was als Gesetz für ihn zu gelten hat, ebenso für jeden anderen als Gesetz gilt ...“

Demgegenüber plädierte Evola auch hier wieder für einen aristokratisch geführten imperialen und organischen Staat, der im Sinne einer restaurativen Revolution auf geistiger Ebene vorbereitet werden sollte. Als ideologische Besonderheiten kann darauf verwiesen werden, daß er wie schon in früheren Veröffentlichungen keinen – als Phänomen der Moderne angesehenen – Nationalismus predigte, sondern einen auf Europa bezogenen Etatismus im Sinne von imperialen Reichsvorstellungen antiker Art vertrat. Darüber hinaus

fällt aber auch der Bezug auf verschwörungstheoretisches Denken auf, widmete Evola doch ein ganzes Kapitel über den „Okkulten Krieg“ angeblichem konspirativem Wirken hinter den Kulissen, wobei er sich sogar positiv auf die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“ bezog, welche für ihn „viele dem Gesetz und dem Geist Israels innewohnenden Ideen widerspiegeln“.<sup>15</sup>

In den Kreisen, die Evola mit dem Buch ansprechen wollte kam es aber kaum zu entsprechenden Rezeptionen. So nahm man ihn etwa in der neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) (Italienische Sozialbewegung) kaum zur Kenntnis. Wengleich deren langjähriger Parteivorsitzende Giorgio Almirante ihn einmal als den „Marcuse der Rechten“ bezeichnet haben soll, galt Evola von den meisten MSI-Anhängern eher als der bespöttelte „magische Baron“. Lediglich jüngere militanter orientierte Rechtsextremisten bezogen sich positiv auf Evola. Allerdings blieb sein publizistisches Wirken ungebrochen, neben Artikeln und Aufsätzen erschienen mehrere Bücher zu ganz unterschiedlichen Themen, sei es die Metaphysik des Sexus oder Ernst Jüngers Denken im „Arbeiter“, eine Analyse des Faschismus oder eine geistige Autobiographie. In den letzten Jahren seines Lebens schrieb Evola gesundheitsbedingt nur noch für wenige Zeitschriften, verschiedene publizistische Projekte konnte er nicht mehr abschließen und 1974 verstarb er. Noch vor und nach dem Tod zeigte sich Evolas stark mythische Prägung, ließ er sich doch aufrichten, um stehend zu sterben, und veranlaßte, daß seine Asche in einer Gletscherspalte des Monte Rosa versenkt wurde. ■

• • • • •

15 Julius Evola, Menschen inmitten von Ruinen (1953), Tübingen 1991, S. 133, 167, 176 und 326.

Lutz Neitzert

## Rechte Esoterik, Musik und Riefenstahl

Das Esoterische hat Konjunktur in der rechten Szene.

Am 2. April beginnt vor dem Amtsgericht in Neuwied der Prozeß gegen Trutz Hardo (alias Tom Hockemeyer). Auf einer eigenen Internet-homepage gibt er Auskunft zur Person (<http://www.geocities.com/athens/delphi/6457>):

„TRUTZ HARDO – Reinkarnationstherapeut, Germanist und Autor wurde 1939 in Eisenach als zweiter Sohn des Apothekers und Dichters Dr. Karl Ernst Hockemeyer geboren, der unter dem Dichterpseudonym ‚Molar‘ in der Nachkriegszeit bekannt geworden ist. 1982 gründete er den Verlag ‚Die Silberschnur‘ mit heutigem Sitz in Güllesheim bei Neuwied am Rhein. Dieser Verlag befaßt sich mit der Herausgabe von Büchern zur spirituellen Bewußtseins-erweiterung und Lebenshilfe. Als besondere Publikationen seien fünf Bücher von Elisabeth Kübler-Ross und eines von Hermann Hesse genannt. In Kalifornien ließ er sich von der berühmtesten Reinkarnationsforscherin Helen Wambach in ein früheres Leben zurückbe-gleiten, und führte dort in einer Hypnosegruppe seine erste Gruppenrückführung in frühere Leben durch. Daraus erwachsen, nach Deutschland zurückgekehrt, seine ersten öffentlichen Gruppenrückführungen, durch welche Trutz Hardo mit der Zeit zum bekanntesten Gruppenrückführer Deutschlands wurde. Im November 1992 demonstrierte (er) in SAT1 (Einspruch) eine Zeitversetzung in die Zukunft, und zwar in das Jahr 3030. Im April 1994 war er in ‚Schreinemakers Live‘ mit einer Gruppenrückführung zu Gast. Er führte auch Frau Schreinemakers in zwei ihrer früheren Leben zurück. In der Sendereihe ‚Mysteries‘ trat er am 14. August 1997 bei RTL auf, wo er den Moderator Jörg Draeger in ein früheres Leben zurückführte.“ (6.3.98)

Über jenes Buch, welches Gegenstand des gegen ihn vom Landesverband der jüdischen Gemein-

den in Hessen angestregten und nun anstehen- den Strafverfahrens sein wird, liest man dort:

„Der Roman JEDEM DAS SEINE behandelt die dunkelsten Kapitel des Naziregimes und beleuchtet den Holocaust aus karmischer Sicht. Dies dürfte wohl das ungewöhnlichste und mutigste Buch sein, das je zu diesem Thema geschrieben wurde, wie schon der Titel – Inschrift des Lagertors des KZs Buchenwald – ahnen läßt.“

Klaus Bellmund und Karel Siniveer zitieren daraus in ihrer Begleitpublikation zur WDR-Reportage „Kulte, Führer, Lichtgestalten“ (München, 1997, S.205) den folgenden kurzen Dialog:

„LESER: Warum mußten so viele Menschen überhaupt vergast werden?

AUTOR: Die meisten, die vergast wurden, mußten durch diesen Gewalttod noch nicht ausgeglichenes Karma abtragen. Die hatten früher andere Menschen getötet oder zugestimmt, daß andere Erdenbewohner, meist Juden und Minderheiten, mit ihren Kindern dem Mob einer blutrünstigen Menge zum Opfer fielen (...)

LESER: Dann ist jenes europäische Schicksal unter dem Namen ‚Auschwitz‘ im Grunde genommen ein welthistorisches Ausgleichen vorvergan- gener Vergehen?

AUTOR: So könnte man das nennen!“

Neben den diversen nordheidnischen Zirkeln im Umfeld des Hamburger Anwalts Jürgen Rieger und seines (unlängst geschlossenen) Zentrums „Heideheim e.V.“ im niedersächsischen Hetendorf:

- „Nordischer Ring“ (Zeitschrift: „Nordische Zukunft“)
- „Artgemeinschaft“
- „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“,

und den eher skurrilen Gesellschaften, die sich zusammengefunden haben um das Ehepaar Sigrun und Adolf Schleipfer:

- „Armanen-Orden“
- „ANSE/Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (Zeitschrift: „Huginn&Muninn“)

gibt es die verschiedensten ideologischen Schulungszentren der Neuen Rechten:

- „Collegium Humanum“ in Vlotho (Leiter: Werner-Georg Haverbeck)
- „Thule-Seminar“ in Kassel (Leiter: Pierre Krebs)
- „Deutsches Kolleg“ (als Gründer und Leiter fungiert der ehemalige SDS-Aktivist Reinhold Oberlercher)

Das „Deutsche Kolleg“ stellt sich wie folgt vor:

„...Deutsches Kolleg/Postfach 420613 12096 Berlin. Schulungsmappen können dort angefordert werden... der Schulungsplan hat folgenden Aufbau: A. Einführungskurs: Reichsbürgerkunde / B. Aufbaukurse: Gesellschaftswissenschaften – 1. Politische Ökonomie („Das Kapital“) 2. Rechts- und Staatstheorie („Die Demokratie“) 3. System der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen („Die Ideologie“) 4. Soziologie („Die Sozialisation“) C. Führungskurs: Philosophie – 1. Metaphysik – Negationslogik – Reichstheologie 2. Erkenntnistheorie – Arbeitslogik – Handlungslogik – Verhaltenslogik – Aktionslogik

Den erfolgreichen Absolventen ... erteilt das ‚Deutsche Kolleg‘ die Reichsdozentur. Nach zwei Jahren ist zur Verlängerung der Reichsdozentur eine erneute Lehrprobe abzulegen. Das ‚Deutsche Kolleg‘ wird sich darum bemühen, dem Deutschen Volke eine wachsende Anzahl von politischen, gesellschaftlichen und philosophischen Lehrern bereitzustellen.“ (aus „Europa Vorn“/81-95) (Hervorh. L.N.)

Bellmund/Siniveer (a.a.O.S.150 u. 156) zitieren aus den erwähnten „Schulungsmappen“ des Kollegs:

„Oberlercher äußert sich (zu) den Stichworten Diskriminierung und Duldung:

„DISKRIMINIERUNG – Kulturtugend. Abwertende Unterscheidung des Häßlichen vom Schönen, des Bösen vom Guten, des Wahren vom Falschen, des Schädlichen vom Nützlichen. Die

Diskriminierung ist die grundlegende Fähigkeit, die menschliches Handeln auf den Gebieten der Kunst, der Religion, des Wissens, der Wirtschaft und der staatlichen wie bürgerlichen Ordnung der Gemeinwesen erst ermöglicht.

DULDUNG – das Ertragen von fremden Gewohnheiten, die das Recht des Dulders beeinträchtigen und nicht geduldet werden müssen. Die Beeinträchtigung ist durch Intoleranz beseitigbar (...) Das Deutsche Volk ist die freie Gemeinschaft germanischer Stämme zum Schutze von Ehre, Leben und Besitz des Ganzen und aller seiner Angehörigen...“

Bekannt sind inzwischen die unterschiedlichsten Internet-Foren:

- „Thule-Net“  
(<http://www.thulenet.com/thulenet.htm>)
- „Quelle der Weisheit“

Anbei ein Auszug aus der Internetseite der Q.D.W. (<http://www.taunet.net.au/pan/services.html>):

„Q.D.W stands for Quelle Der Weisheit – a German phrase for Source of Knowledge. The Q.D.W Australia is a registered non-profit association in the Northern Territory of Australia. It is maintained by a network of European and Australian business people whose aim it is to spread out their experience and expertise of how to establish a successful attitude and image. We have members in Switzerland, Austria, Germany, Africa, Sweden, New Zealand and Australia.

*What Services Do You Offer?*

Apart from Graphology, Body Language, Business Psychology and the Right Attitude for Achieving Success, we also can assist you with speech coaching and public presentation training. We also offer Private Counselling, Stress Management, Mediation, Motivational Coaching, Vocational Guidance, Staff Selection, and Problem Solving.

*Who Can Use Your Services?*

School and university students, the unemployed, people who want to change professions, who have been promoted, those who have been

made redundant, those who want to further their career. Those in the legal profession and police intelligence – in need of a criminal, fraud and forgery analysis – a handwriting analysis is the most accurate problem-solver. Personnel and human resource managers. Families, prospective business partners, prospective love partners. Children whose parents want to discover and nurture their child's talents when they are young and mentally flexible.

Headquarters: Q.D.W Australia, GPO Box 3579, Darwin 0801, Northern Territory, Australia, Q.D.W Australia, PO Box Q547, QVB Sydney 1230, New South Wales, Australia, Q.D.W 99, Postfach 560255, D-22552 Hamburg, Germany.

Contact Michael Walther at [valhalla@taunet.net.au](mailto:valhalla@taunet.net.au) to place an order today or for a free introductory meeting with one of our consultants if you are interested in person-to-person tuition.“ (12.3.98)

Weitere mit dem Q.D.W.-Netzwerk verbundene Einrichtungen sind die Zeitschrift „Elite-QDW“, „Trojan Horse Press“, der „Pegasus Unlimited“ – Buchversand/Hamburg, das „UFO-Internet Network“, das Projekt „Apocalypse now“ und die „Baphomet-Bruderschaft“: „Wir, die Priester des Baphomet, stellen uns auf die Seite der reinen, weißen Rasse, der reinkarnierten Atlanter. Wir bezeichnen uns als die letzten ‚echten‘ Menschen auf dem Planeten Erde!“ (Bellmund/Siniveer, aaO. S.171)

Neben diesen genannten Organisationen reicht das Spektrum neofaschistischer Esoterik heute nahtlos verzahnt bis hin zu völkisch-mystischen Skinhead-Gruppierungen und Heavymetal-Bands und bis hinein in die Szene der Darkwave-, Gothic-, Industrial- und Neofolk-Musik, z.B.:

#### FLUX

Hier ein Auszug aus der FLUX-Internet-Homepage (<http://easyweb.easynet.co.uk/~flux/index.htm>), darin u.a. auch eigene Seiten der Gruppe „Allerseelen“/Wien (<http://easyweb.easynet.co.uk/~flux/allersln.htm>), sowie des Moerser Labels „CTHU-LHU-Records“ (<http://easyweb.easynet.co.uk/~flux/ctlrecad.htm>):

„FLUX is a postmodernist cultural review focusing on the creative tension between tradition and modernity. Editor: Rik Contributors: John Marshall, John Blower, Tony Wakeford (Kopf der Band „Sol Invictus“ – L.N.), Mark Denton, Daniel Emerson Crowder and Greg Bear. Contributions and feedback: [flux@easynet.co.uk](mailto:flux@easynet.co.uk) Items for review: BM-BOX4392, London WC1N3XX, ENGLAND

FLUX is updated monthly, mid-month. If you would like to be alerted when this has happened join the mailing list.

#### WHAT'S NEW ?

FEBRUARY 1998 MUSIC: JOY DIVISION Mark Denton eulogises the retrospective boxed set.

CYBERSPACE: TECHNO TOYS Coping with the onslaught of consumer technology.

JANUARY 1998 The first edition of FLUX's monthly roundup, the new focus of our music coverage as explained here.

ART: TOR LUNDEVALL Some new additions to the permanent exhibition of paintings by the Expressionist-inspired artist and musician.

MUSIC: SPK A retrospective on the music and politics of these formative industrialists.

MUSIC: ANASTASIA UPDATE A revised and expanded page for the Balkan trio.

TABLE OF CONTENTS – The following is a hierarchical listing of FLUX's pages:

THE INTERSECTION OF THE FUTURE / MISCELLANY INDEX / ACTUALITY / CYBERSPACE / EUROPA OBSCURA / THE RAVEN'S CALL – ANGLO-SAXON BOOKS / THE RAVEN'S CALL – THE ODINIC RITE/HEATHEN / THE RAVEN'S CALL – REGIA ANGLORUM / EZRA POUND / PERSONAE – LINKS / MUSIC INDEX / CONCERTS, TOURS AND EVENTS / ALLERSEELEN / BLOOD AXIS / NICK CAVE AND THE BAD SEEDS / CURRENT 93 / CURRENT 93 VIDEO REVIEW / THE DAWN / DEAD CAN DANCE / DEATH IN JUNE / DOUGLAS P / DEATH IN JUNE – OFFICIAL DISCOGRAPHY / MISERY (DEATH IN JUNE BOOK REVIEW) / DEATH IN JUNE AND FRIENDS LONDON CONCERT (JANUARY 1997) / DEUTSCH NEPAL / DOWN-

LOAD / ITN – DR CALIGARI / INTO THE ABYSS/KRAFTWERK/LAIBACH/THE MOON LAY HIDDEN BENEATH A CLOUD / A NEW SOLDIER FOLLOWS THE PATH OF A NEW KING / MOURNING CLOAK / NEW MIND/BIO-TEC / NON / OBERON / ONTARIO BLUE / L'ORCHESTRE NOIR/ SOL INVICTUS – IN THE RAIN – REVIEW / PROPAGANDA MACHINE / SILKE BISCHOFF / SOL INVICTUS/TONY WAKEFORD / ABOVE US THE SUN – REVIEW / CUPID & DEATH (TONY WAKE-FORD) THE BLADE – REVIEW / SOL INVICTUS / TONY WAKEFORD / TONY WAKEFORD ‚VOR TRU‘ INTERVIEW/TONYWAKEFORD ‚BROWNBOOK‘ / SOMEWHERE IN EUROPE / WALDTEUFEL / CTHULHU RECORDS / NEW EUROPEAN RECORDINGS / STORM RECORDS / WORLD SERPENT DISTRIBUTION / CTHULHU RECORDS / EINSTURZENDE NEUBAUTEN...“ (11.3.98)

Es stellt sich nun die Frage, welche spezifischen Denkmuster innerhalb esoterischer Welterklärungsmodelle es sind, die sich mit dem politischen Credo und vor allem auch mit der Ästhetik des Neofaschismus anscheinend selbsttätig zusammenbringen lassen und das einmal abgesehen von den kaum verdeckten (und in vielen Studien hinreichend offengelegten) personellen Verknüpfungen zwischen den genannten Zirkeln und dem organisierten Rechtsextremismus, abgesehen auch von den expliziten historischen Bezügen (zum einen zu den Mystikern des Nationalsozialismus bzw. des Mussolini-Faschismus und zum andern zu den Vordenkern der Konservativen Revolution zur Zeit der Weimarer Republik) und abgesehen von der per se obskurantistischen Grundperspektive dieser Lehren.

Einen mir darüber hinaus wesentlich erscheinenden Verbindungsstrang möchte ich hier skizzieren:

### **DAS EIGENTLICHE UND DAS EIGENE**

Alle Esoterik will sich verstanden sehen als die Erhellung des Transzendenten und als die Eröffnung eines Zugangs zum Eigentlichen hinter dem Profanen (das in der Rechten selbstredend und unvermittelt dann gleichgesetzt wird mit dem Zivilisatorischen – wobei immer wieder bewußt rekuriert wird auf jene Unterscheidung der Begriffe Kultur vs. Zivilisation, die von Autoren wie

Oswald Spengler, Stefan George, Ernst Jünger oder Carl Schmitt zur antidemokratischen Standortbestimmung vordekliniert worden ist).

Nun vollzog und vollzieht sich aber in den faschistischen und neofaschistischen Fraktionen der Esoterik eine signifikante und den Kern dieses Denkens offenlegende Umdeutung: das Eigentliche wird hier umstandslos definiert als das Eigene – mit rassistischen und völkischen Konnotationen. Das synkretistische Prinzip, nach welchem sich esoterische Zirkel (auch rechte) seit je ihr Weltbild aus den Ornamenten des west-östlichen Diwans zusammensetzen (und das jeder Esoterik-Messe heute das Ansehen eines Supermarktes beliebiger Versatzstücke verleiht) wird eben an den Stellen plötzlich ignoriert oder negiert, wo es darum geht, konkrete politische Inhalte zu verorten: jenes synkretistische Prinzip, das etwa der New-Age-Idee (als einer, wie man leichtfertig unterstellte, per se multikulturellen Weltanschauung) ihren Platz innerhalb der Jugendbewegung der 60er Jahre gesichert hatte.

Schon die Begründerin der „Theosophie“ (bis heute eines der wichtigsten Bezugssysteme innerhalb der esoterischen Szene), Helena Petrovna Blavatsky, vollzieht Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal und vorbildhaft diese (in sich so absurde) Volte: eingebettet in arabische Astrologie, fernöstliche Meditationstechniken und andere exotische Ingredienzen steht als zentrales Bekenntnis ihre so benannte „Wurzelrassenlehre“:

„Ein Decimierungsvorgang findet über die ganze Erde statt unter jenen Rassen, deren Zeit um ist. Es ist ungenau zu behaupten, daß das Aussterben einer niederen Rasse ausnahmslos eine Folge der von Kolonisten verübten Grausamkeiten...sei... Rothäute, Eskimos, Papuas, Australier, Polynesier usw. sterben alle aus. Die Flutwelle der inkarnierten Egos ist über sie hinweggerollt, um in entwickelten und weniger greisenhaften Stämmen Erfahrungen zu ernten; und ihr Verlöschen ist damit eine karmische Notwendigkeit.“ (Aus: Blavatsky „Die Geheimlehre“ – zit. nach Bellmund/Siniveer, aaO., S.26)

Vor allem über Rudolf Steiner (ein Renegat der „theosophischen Bewegung“ und Begründer der „Anthroposophie“) wurden solche Lehren ins 20. Jahrhundert (und in einflußreiche gesellschaftli-

che Kreise) hineingetragen, bis in den späten 60er Jahren vor dem Hintergrund und angesichts der kosmopolitischen Jugend- und Popkultur dieser völkische Zug aus dem Esoterischen weitgehend ausgeblendet worden ist. Doch es ist eben nicht verwunderlich, daß mit der Renaissance nationalistischer Weltanschauung und Politik auch diese Manifestation des Rassismus erneut Raum greift.

Mit der Deutung des Eigentlichen als des Eigenen erhält nun auch der (oft animistisch angelegte) Biologismus esoterischen Denkens eine neue/alte Schärfe und Zielrichtung. Zum einen liegt es, wenn man postuliert, die eigenen völkischen Wurzeln ausgemacht und zur Richtschnur des eigenen Handelns erhoben zu haben, nahe, auch ökologisches Denken in diesen Kontext einzu-zwängen:

Umweltschutz wird dann zum Heimatschutz, und die Beachtung ökologischer Notwendigkeiten und Zusammenhänge wird dann eben begriffen als eine Restitution vermeintlicher Naturgesetzmäßigkeiten (beschnitten auf darwinistische Überzeugungen und verortet im Blut und im Boden). Die Übersetzung dieser Ideen in sozialdarwinistische Gesellschaftsentwürfe vollzieht sich heute in den vom Ethnopluralismus der französischen „Nouvelle Droite“ inspirierten Intellektuellenzirkeln ebenso wie im schlichter gewebten Germanenkult. Und es ist bezeichnend, daß dieser Transfer vor allem in den Kreisen jener neurechten Strategen erfolgt, deren erklärtes Ziele es ist, (als Stichwortgeber) verstärkt Einfluß zu gewinnen auf die Ökologiebewegung (etwa im Umfeld der Zeitschriften „Wir selbst“/Koblenz mit ihrem Vordenker Henning Eichberg oder „Europa vorn“/Köln mit ihrem Autor Hans Rustemeyer).

Auch an der Umsetzung in zeitgemäßere ästhetische Konzeptionen wird eifrig gearbeitet, wobei insbesondere die Independent-Rockmusikszene in den letzten Jahren als mögliches Einfallstor in den Blick geraten ist.

Nimmt man einmal zum Exempel den aktuellen Katalog des einschlägigen VAWS-Verlags/Ver-sandhandels (Werner Symanek/Bingen), so findet man dort neben verstaubten Traktaten wie etwa des Runenforschers Guido von List, der erwähnten Theosophin Blavatsky oder des Gral-suchers Otto Rahn, neben Videos über die „UFO-

Geheimnisse des Dritten Reiches“ oder zum Thema „Atlantis“ eben auch Musiken aus der neurechten Darkwave-/Neofolk-Szene – nebst ihrer ideologischen Manifeste und Zeitschriften (z.B. „Aorta“ und „Ahnstern“/Hrsg. Kadmon, alias Gerhard Petak – Kopf der österreichischen Band „Allerseelen“).

Die intellektuellen Wortführer der Neuen Rechten bejubeln seit jüngstem die Wiederkehr des Pathos in der Jugendkultur der ausgehenden 90er Jahre – ausgerechnet in der Rockmusik, dort also, wo sich pathetische Töne bislang, wenn überhaupt einmal, dann doch immer nur eher ungewollt einschleichen konnten. Und man konstatiert zugleich den Auszug der rechten Musik aus der Schmutzdecke der Skinheads und der Neonazis:

„Abseits vom unappetitlichen Gegröle der (Skin-) Bands hat sich Unkonventionelles eine Plattform geschaffen: inmitten des Arkanums linksalternativen Bewußtseins ... sprießen schwarze Blüten ... Die rechte Independent-Szene hat es sich in der ... remotesten Nische gemütlich gemacht: in der Schnittfläche von Nietzscheanischem Nihilismus, Wagnerschen Mythen, okkulten Dunkelei und ... Heroismus“! (Junge Freiheit, 1.9.95)

So kündigte die Zeitschrift „Junge Freiheit“ eine Reihe von Schallplattenprojekten an, die unter programmatischen Titeln wie „Im Blutfeuer“ oder „Riefenstahl“ deutsche, österreichische, italienische, schwedische, tschechische, australische, englische und amerikanische Musikgruppen versammelten: „Von Thronstahl“, „Turbund Sturmwerk“, „Projekt Blauland“, „Ernte“, „Preussak“, „Voxus Imp.“, „Nothwende“, „Allerseelen“, „Forthcoming Fire“, „Blood Axis“ oder „Sol Invictus“. Und unmißverständlich stellen die Musiker und Produzenten dabei selbst die Kontexte her, in welchen man verstanden sein will, im Interview, im Internet oder in (oft aufwendig produzierten) Begleitpublikationen:

„Es gibt nur wenige Künstler, die sich in den 30er Jahren einen großen Namen geschaffen hatten, ohne sich später in täglicher Bußfertigkeit davon zu distanzieren. Leni Riefenstahl ist eine davon!. (Wir) haben uns zusammengefunden, um dieser Frau ein ... Denkmal zu setzen! (Buch zur Doppel-CD „Riefenstahl“/VAWS 202)

Gelegentlich kokettiert man dabei zwar wohlkalkuliert auch einmal mit dem Reiz des Verbote-

nen bzw. des Gerade-noch-Erlaubten: etwa wenn sich eine australische Formation den Namen „Strength through Joy“ („Kraft durch Freude“ also) gibt oder eine italienische firmiert als „Swirling Swastikas“ („Wirbelnde Hakenkreuze“), wenn das „Horst Wessel-Lied“ zitiert oder Klaus Barbie, der berühmte Gestapo-Chef von Lyon, besungen wird. Zumeist jedoch sucht man es zu vermeiden, sich in dieser Art als Neo-Nationalsozialisten zu präsentieren. Stattdessen beruft man sich mit Bedacht auf jene Riege unorthodoxer Faschisten, die (aus unterschiedlichen Gründen) nicht zu politischen Funktionären des Dritten Reiches geworden sind oder die gar – als unerwünschte Konkurrenz in den eigenen Reihen – Opposition zum Hitlerregime waren (wie etwa Ernst Röhm oder auch Gregor und Otto Strasser).

So bezieht die englische Gruppe „Death in June“ ihren Namen ausdrücklich auf den Putschversuch und die Hinrichtung des SA-Führers Röhm im Juni 1934.

Was nun die Bezugnahme auf eine Figur wie Leni Riefenstahl anbetrifft, so eröffnet dies (wie erwünscht und vorhergesehen) eine Diskussion mit unabsehbaren Fronten. Zum einen scheint ihre Ästhetik ja längst rehabilitiert und findet sich wiederaufgegriffen in der Werbung ebenso wie im Videoclip – oder man denke nur an die Medieninszenierungen großer Sportereignisse oder (anno 1998) politischer Wahlkämpfe. Zum andern spiegelt sich in ihren Filmen und Fotobänden auf schillernde Weise jener so schwer faßbare Grat, an welchem das fraglos Positive (die Idealisierung des Schönen, Starken, Jungen und Gesunden) beginnt, seine Kehrseite (die Verachtung des Nicht-Schönen, des Nicht-Starken, des Nicht-Gesunden) heraufzubeschwören.

Hoch im Kurs als Stichwortgeber stehen daneben natürlich auch hier die Vertreter der Konservativen Revolution und der völkischen Jugendbewegung. Immer wieder finden sich Zitate oder übernommene Gedanken von Carl Schmitt (dessen These, wonach die notwendige Unterscheidung in Freund und Feind das eigentliche Wesen des Politischen ausmache, die nazistische Staatsrechtslehre fundierte), etwa aus Alfred Rosenberg's Buch über den „Mythus des 20. Jahrhunderts“, Oswald Spengler's Traktat über den „Untergang des Abendlandes“ sowie Zitate von Ernst Niekisch,

Arthur Moeller van den Bruck oder auch von Mussolini's Hausphilosoph Julius Evola – als Motto genommen für eklektizistisch überladene Rockmusiken.

„Hier redet das Leben selbst, und der Urgrund des roten Blutes zaubert seine bunten Bilder!“ (Ernst Jünger/im Begleitheft zur CD-„Im Blutfeuer“)

Das Leben selbst ... Das Blut ... Der Urgrund ...!  
Keine Parolen, sondern ominöse Formeln.

Hier ein Textauszug aus dem Lied „Sonnenwende“ der Gruppe „Ernte“:

„Feuerkünden Sonnenwende, Funkengarben treibt der Wind, Frühlingstage sind zu Ende, bald die Erntezeit beginnt ... Durch das Dunkel, durch die Helle, ewig kreist des Jahres Rad. Und durch Dunkel und durch Helle kämpfen wir um unsern Pfad. Sonnenwende bringt kein Ende, ruft uns auf zu neuer Tat. Die in Nacht und Not sich fanden, stehen treu zu aller Zeit, die das Dunkel überwandten, bleiben stets zur Tat bereit.“ (CD-„Im Blutfeuer“/CTHULHU-Records CR17)

Alle Diktatoren und politischen Aggressoren dieses Jahrhunderts wußten solche Semantik in ihrer Propaganda einzusetzen. Und es ist nicht Geschichte. Auch im ehemaligen Jugoslawien spielen die Kriegstreiber wieder auf solch einer Klaviatur. (Und es ist gewiß kein Zufall, daß das erklärte musikalische Vorbild all dieser Bands eine Gruppe aus dem heutigen Slowenien ist, mit Namen „Laibach“). 1992, zur Hochzeit des Bürgerkriegs, gaben die Musiker von „Death in June“ in Zagreb ein Konzert vor kroatischen Frontsoldaten und ehrten die HOS-Milizen (in denen Rechts-extremisten aus ganz Europa mitmarschierten) als die „Märtyrer des Abendlandes“. Dazu die „Junge Freiheit“:

„ ‚Allerseelen‘ und die technosophische Tonkunst! Wenn man die Augen schließt, führen einen diese Klänge direkt an das Lagerfeuer alter Volksstämme, die noch wissen, wie man durch das Tor zu höheren Dimensionen tritt. ‚Konservative Avantgarde‘ meint (Kadmon). In seiner Schriftenreihe ‚Aorta‘ beschäftigt (er) sich mit esoterisch-historischen Themen: ein Beitrag über Leni Riefenstahl's Film ‚Das blaue Licht‘ findet sich neben einem Text über den theo- und ariosophischen Maler Fidus“. (als nacktbadender Volksgesundheitsapostel ein Idol des jungen Hitler /L.N.). „Der Runen-

kundige Karl Maria Wiligit.“ (Himmler’s Mystiker und Schöpfer des SS-Totenkopfringes/L.N.) wird ebenso vorgestellt wie der Gründer der ... ‚Eisernen Garde‘ Rumäniens, Corneliu Codreanu ... (Vor allem) Wiligit spielt für ‚Allerseelen‘ eine besondere Rolle. Für das neueste Projekt ... liefert der Gedichtzyklus („Gotos-Kalanda“) des Völkischen die textliche Grundlage. Er besingt die germanischen Monate von Hartung bis Julmond. Zu härtestem Industrial-Gewitter...!“ (Junge Freiheit, 38/95)

Während hier ganz bewußt (und bis zur Grotteske) der anachronistische, völkisch-romantische Sprachstil (quasi liturgisch) rezitiert wird – wobei durchaus einkalkuliert ist, damit nicht von jedem so ganz ernst genommen zu werden (eine Abgrenzungsstrategie, die ja auch in anderen Jugendsubkulturen immer wieder angewandt wurde und wird!). Während man hier also versucht, eine Aura des vorgeblich Nicht-Modernen zu kreieren, sind, wie erwähnt, andere Zirkel dabei, die dahinterstehenden weltanschaulichen Positionen in nüchternere Tonlagen zu übersetzen und sie für aktuelle politische, soziale und kulturelle Debatten umzuformulieren. Sozialdarwinistische Ideen werden gemünzt auf die Diskussionen um den Sozialstaat oder um die Entwicklungshilfe. In diesem Zusammenhang dann steht als aktuell brisante Forderung die „Festung Europa“, deren Errichtung durch geopolitische, historische, kulturelle und rassistische Argumente legitimiert werden soll. Auch in der Musik taucht diese Vorstellung auf: in Gruppennamen wie „Heiliges Europa“, in Szenezeitschriften wie „Europafront“ oder „Europakreuz“ und als zentrales Thema der rezierten nordisch-germanischen Mythen.

Ein starker Staat mit einer neuen, machtbewußten Elite wird beschworen und das Hierarchische als das einzige dem Menschen naturgegebene Ordnungsprinzip:

„Es läßt sich kein Aufbau denken ohne Stufung. Ohne Aufblick zum Hervorragenden, zum Überragenden gibt es keine Bildung. Die Tatsache der ... Vermassung, der inneren und äußeren Normierung, erfordert die Bildung der Elite. Spannung ist Grundgesetz alles Lebendigen – (das) gilt für jeden Lebensbereich, im Politischen wie im Geistigen, besonders aber im Kulturellen und Re-

ligiösen: Nach dem Gesetz der Trägheit und Schwere müssen den Kräften der Tiefe andere entgegenwirken, die nach oben ziehen!“ (Josef Sellmair im Buch zur „Riefenstahl“- CD)

Immer wieder rekurriert man auf eine vorgebliche Naturgesetzlichkeit deren Gebote die moderne Gesellschaft mißachte und die es wiederherzustellen gelte, gleich so, als sei das Zusammenleben der Menschen in den komplexen Lebenswelten des ausgehenden 20. Jahrhunderts nach archaischen Mustern zu durchschauen oder gar zu organisieren.

„Neuer Adel, den ihr sucht/führt nicht her von Schild und Krone/stammlos wachsen im Gewühle/seltne Sprossen eignen Ranges/und ihr kennt die Mitgeburten/an der Augen wahrer Glut‘! – diese Verse Stefan Georges können als Leitidee von ‚Forthcoming Fire‘ dienen ... Als drohende und zugleich zukunftsverheißende Lösung eröffnen sie das Stück ‚Germania Incognita‘ ... (das) geheime Deutschland ... jenseits vom Nazitum und dem, was sich Demokratie schimpft!“ (Junge Freiheit, 6/96)

Hier ein Textauszug aus dem Lied „Mitternachtsberg“ der Gruppe „Forthcoming Fire“:

„Vom Mitternachtsberg erhebt sich die Glut, entgegen der Spötter Zorn. Im Schöpfungslicht strahlt neu der Tag und segnet das reifende Korn. Im Mitternachtsberg glüht schwarzer Stein wie die Sonne so weiß. Von dort aus waren wir gesandt, das Starre zu brechen wie Eis. Im Mitternachtsberg brennt ein Feuer so tief, denen die auserkorn. Im Namen dessen, der uns berief, sehn wir einander verschworn ... von kommender Frucht raunt die Saat. Mir träumt von Ernte und leben – Wille befiehl mich zur Tat!“ (CD-„Riefenstahl“/VAWS 202)

„Seele – Feuer – Licht – Bewußtsein, eine geistige, eine seelische Erhebung. Diejenigen, von denen die letzten Geiststräger unserer Kultur sagten, sie seien zur Elite berufen. Diejenigen, die sich die Kraft erkämpft haben, aus dem tiefsten Dunkel kommend Sinn und Aufgabe in eine Zeit hineinzutragen. Ich kenne viele, die auf der Suche nach Seele nicht mehr auf das Bestehende setzen, sondern auf alles, was zu schaffen und zu erwirken ist ... ‚Schließe die Tore, baue den Staat!‘ sagt

Gottfried Benn. ‚Deutschland wird in seinem innersten Unschuldigen, in seinem Allergeheimsten neu entstehen ... (Germania Incognita) ... Ich glaube an die Reinheit und den Lichtgehalt dieser geschändeten Nation. Ihre Geisteskultur, die eine liebende ist, kann und darf nicht länger unterdrückt werden. Es ist das verzehrende Feuer, das wir durch Welt und Winter tragen ... Das Ewige will wieder Anteil am Leben haben, es bahnt sich seinen Weg ... Die selten schöne dunkle Facette unserer Kultur hat es nicht nötig, sich im Wettlauf mit Trends oder Moden nach den Zügen zu richten ... Mein Wesen ist opferbereit. Ich werde mich den Erfordernissen opfern ... Da greift das Schicksal ein. Darin weht aber auch erkämpfte Freiheit, mein Wort erheben zu können gegen alles, was vor der aufgehenden Sonne keinen Bestand haben darf!‘ (Junge Freiheit, 23.2.96)

Seele, Feuer, Licht, Blut, Sturm, Schicksal & Opfer, das Ewige und das Geheime – Kultur versus Zivilisation, Volk versus Gesellschaft, Empfindung versus Verstand, Erde versus Asphalt.! Pathos ist seit je der naive Versuch, das Unübersichtliche, Widersprüchliche und Unbehagliche in großen Worten zu bannen! Und als fataler Reflex auf die Ungemütlichkeit der Moderne ermöglichte dies in unserem Jahrhundert immer wieder den verhängnisvollen Kurzschluß zwischen Kunst/Kultur/Ästhetik und Politik. Gerade das Niemals-Konkretwerden, das Unbestimmte des pathetischen Duktus bildet sprachlich das ideale Milieu, um Machtpolitik zu kaschieren und zu verbergen hinter naturlyrischen/esoterischen Tönen und ebenso banalen wie fatalen Dualismen: das Helle und das Dunkle, das Natürliche und das Un-Natürliche, das Gesunde und das Entartete, das Eigene und das Fremde, das Eigene als das Eigentliche! Die musikalischen Stilmittel rekapitulieren dabei auf gleiche Weise wie die Texte und

Kontexte die alten Vorlagen und geraten in die gleichen Widersprüchlichkeiten: mit Originaltönen aus Filmen, Wochenschauen, Hörspielen und Reden, mit pseudosakralen Synthesizerklängen und Chorälen, mit Wagner, Marsch und Fanfaren, unterlegt mit im Technosound stilisierten futuristischen Maschinen-Rhythmen sucht man auf manierteste Art das Archaische als das Schrofne, das Authentische und – widersinnigerweise – als das Unwandelbare und Zeitlose vorzustellen. (Solche Collagen sind im modernen Tonstudio der denkbar billigste Weg zum Bombast!) Nun hat aber das Absurde der Idee den Reiz faschistischer Inszenierungen – von der Sonnwendfeier bis zum Reichsparteitag – niemals diskreditieren können!

Notabene: Im Frühjahr 1996 präsentierte die Zeitgeist-Redaktion der „Jungen Freiheit“ ihre jüngste Entdeckung:

„Böse – weil diese Zeit es nicht anders verdient: ‚RAMMSTEIN‘! ... Harte, deutschsprachige Musik ... mit Top-Ten-Potential ... (Das) Ganze irgendwo zwischen Heavy(metal), Techno und Marschmusik, dazu geeignet, den Soundtrack zum Abgang dieses Jahrhunderts abzugeben. Rammstein sind vermittelnder Katalysator ... Daher Daumen hoch für Rammstein und all dem, was in ihrem Fahrwasser auf uns zukommen mag“! (Junge Freiheit, 29.3.96)

Ohne hier die (notwendige) Debatte um das Phänomen „Rammstein“ weiterführen zu wollen – die Prognose der „Jungen Freiheit“, die jedenfalls stimmte: kaum: ein Jahr später eroberte man die Hitparaden und füllt seither die Stadien – ebenso wie die Seiten der „Bravo“!

(PS: Einige Texte zum Thema „Rechte Musik“ finden sich auch auf der Internetseite des Autors: <http://home.rhein-zeitung.de/~dneitzert>) ■

Matthias Schmidt<sup>1</sup>

## „Deutsche Volksunion“ – eine unterschätzte Kraft im rechtsextremen Lager?

Nachdem die „Deutsche Volksunion“ (DVU) 1995 in Bremen (2,5 Prozent)<sup>2</sup> und 1996 in Schleswig-Holstein (4,3 Prozent)<sup>3</sup> an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, fühlten sich diejenigen bestätigt, die meinten, daß die 1987 in Bremen begonnene „Karriere“ der DVU in Landesparlamenten nur eine relativ kurze Episode darstellen könnte. Lediglich den „Republikanern“ wurden reale Wahlchancen eingeräumt, der „Deutschen Volksunion“ wurde ein baldiges Ende prophezeit. Erste Zweifel an dieser Einschätzung kamen bereits bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1997 auf, als die DVU in vier Bezirksversammlungen Mandate erlangte und den Einzug in die Bürgerschaft nur um wenige Stimmen verpaßte.<sup>4</sup> Als die Partei dann bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998 12,9 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte – einem Ergebnis, welches im Nachkriegsdeutschland bisher noch keine rechtsextreme Partei auf Landesebene erreicht hat – und mit 16 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag einzog,<sup>5</sup> war fast allen klar, daß sich die „Deutsche Volksunion“ nicht im Niedergang befindet. Dieses soll zum Anlaß genommen werden, die Partei einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Im folgenden wird den Fragen nachgegangen, woraus die DVU entstanden ist, wie sie sich entwickelt hat, wer sie wählt und wie sie bisher in den Parlamenten gearbeitet hat.<sup>6</sup>

### 1. Entwicklung der „Deutschen Volksunion“

#### Gründung als Verein

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 sammelten sich große Teile des rechtsextremen Lagers hinter der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), wurde doch nach einigen Erfolgen bei Landtagswahlen der Einzug dieser Partei in den Deutschen Bundestag erwartet. Allerdings scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent – wenn auch knapp – an der Fünf-Prozent-Hürde, sie geriet in eine tiefe innerparteiliche Krise, die ihren Zerfall erwarten ließ.<sup>7</sup> Der Münchner Großverleger Gerhard Frey nutzte diese Situation als Chance, seinen publizistischen Bemühungen eine politische Plattform zu geben, und ergriff zusammen mit dem Vorsitzenden der 1962 gegründeten „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), Erwin Arlt, die Initiative zur Gründung der „Deutschen Volksunion e.V.“, welche am Vorabend des hundertsten Jahrestages der Errichtung des Bismarckschen Reiches am 16.1.1971 im Münchner Hotel „Deutscher Kaiser“ vollzogen wurde. Die Vereinigung stellt sich selbst als „die führende überparteiliche Bewegung der verfassungstreuen Rechten und freiheitlichen Mitte“ dar. In Wirklichkeit sammeln sich dort rechtskonservative und rechtsextreme Kräfte, die nationalistisches Gedankengut vertreten und an die Formen des rechtsextremen „Kulturkampfes“ herangeführt werden sollen. Zur Frage der Organisationsform wurde im Gründungsauftritt festgestellt, daß die DVU solange keine Partei werden wolle, wie die CDU/CSU in den Grundsatzfragen der Deutschlandpolitik die Rechtsansprüche wahre.<sup>8</sup>

• • • • •

1 Der Autor, Jahrgang 1967, studierte von 1989 bis 1997 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Politikwissenschaft, Soziologie und Erziehungswissenschaft. Promotion zum Dr. phil. mit einer Untersuchung über die Parlamentsarbeit der DVU im Schleswig-Holsteinischen Landtag. 1992 bis 1995 studentischer Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster (Jugendgewalt, Kriminalität), seit 1995 Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster, seit 1998 Vortragstätigkeit für die Hamburger Landeszentrale für politische Bildung über die DVU.

2 Vgl.: Statistisches Landesamt Bremen (1995), S. 4.

3 Vgl.: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (1996), S. 4.

4 Vgl.: Deutsche Presseagentur (1997), in: Frankfurter Rundschau vom 23.9.1997.

5 Vgl.: Deutsche Presseagentur (1998), in: Frankfurter Rundschau vom 28.4.1998.

6 Hierbei wird im wesentlichen auf das im Herbst 1998 erscheinende Buch von Obszerninks und Schmidt zurückgegriffen.

7 Vgl.: Pfahl-Traughber (1993), S. 59.

8 Vgl.: Assheuer/Sarkowicz (1990), S. 34, Biemann/Stein (1990), S. 28-29, Linke (1994), S. 15, Schmidt (1997), S. 27-41.

Ihre politischen Forderungen schreibt die „Deutsche Volksunion“ in „Aktionsprogrammen“ fest. Der Bayerische Verfassungsschutz charakterisiert die dort propagierten Inhalte als „aggressive Ideologie-Parolen“<sup>9</sup>, das schleswig-holsteinische Innenministerium hebt die klar ausländerfeindlichen Forderungen hervor, die einen latenten Rassismus widerspiegeln würden.<sup>10</sup> Das Oberlandesgericht Hamm schloß aus den Aussagen der DVU, daß ihr Bekenntnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nur die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Organisation verschleierte.<sup>11</sup>

Aus dem Verein entwickelte sich zu keiner Zeit eine agile politische Kraft. Bis heute ist er lediglich eine Sammelorganisation der zahlenden „Karteileichen“ und Leser der von Frey verlegten Publikationen geblieben. Die Mitglieder erwarten als passive Beitragszahler nichts oder nur wenig von der DVU e.V., es ist ihnen nur wichtig daß es die DVU und die Frey-Publikationen überhaupt gibt und daß öffentlich ausgesprochen wird, was sie denken.<sup>12</sup> Bis Ende der 80er Jahre führte der Verein Kundgebungen durch. Hauptredner war bis zu seinem Tod im Dezember 1982 der Wehrmachtsoberst Hans-Ulrich Rudel, dessen „unsterbliche Dienste“ im Abschluß von 519 sowjetischen Panzern während des II. Weltkrieges bestünden. Rudel verherrlichte bis zu seinem Tod den Nationalsozialismus: So erklärte er 1950 in der in Argentinien verlegten Publikation „Wir Frontsoldaten zur Wiederaufrüstung“, daß der deutsche Angriff auf die Sowjetunion nicht nur eine Verteidigungsmaßnahme gewesen sei, sondern es habe sich um einem „Kreuzzug“ zum Wohle Europas und darüber hinaus für die ganze Welt gehandelt.<sup>13</sup> Ihm folgte als Hauptredner der DVU der britische Revisionist David Irving, welcher die abstruse These vertritt, daß Hitler die Judenvergasungen nie angeordnet, ja selbst nie etwas davon gewußt habe. Nachdem Irving 1990 in Weinheim öffentlich den Holocaust als „Legen-

de“ und als Mittel bezeichnet hatte, um vom deutschen Volk finanzielle Wiedergutmachung zu erpressen, erhielt er ein unbefristetes Aufenthaltsverbot in Deutschland, welches am 22.3.1996 vom Verwaltungsgericht München bestätigt wurde.<sup>14</sup> Seit der Gründung der DVU als Partei tritt der Verein kaum noch öffentlich in Erscheinung, seine Aktivitäten beschränken sich seitdem im wesentlichen auf Spendenaufrufe und Anzeigen für Beitrittserklärungen in den Wochenzeitungen von Gerhard Frey.<sup>15</sup>

Allerdings ist der Verein spätestens seit einer Satzungsänderung per 20.12.1988 für die Partei ein wichtiger Rekrutierungsmechanismus: Die Vereinsmitglieder gehören nach Vollendung des 16. Lebensjahres automatisch auch der Partei an, sofern sie nicht ausdrücklich widersprechen. Dieser Automatismus ist rechtlich bedenklich, da zu einem Parteibeitritt auch immer eine deutliche Willensbekundung des potentiellen Mitglieds gehört. Diesem Gebot trägt die Satzung des Vereines DVU nicht ausreichend Rechnung.<sup>16</sup>

### ***Aktionsgemeinschaften als Vorfeldorganisationen***

Als Koordinierungsstelle für die „national-freiheitliche Rechte“ wurde im Januar 1972 unter maßgeblicher Beteiligung von Gerhard Frey der „Freiheitliche Rat“ gegründet. Es entstand ein Netzwerk rechtsextremer Organisationen, von welchem Frey den Vorsitz übernahm und in welchem die DVU e.V. dominierte. Forderung dieses Bündnisses war ein Ende der „Manipulationen“ bei den Verjährungsfristen für Kriegsverbrechen verbunden mit einer Generalamnestie für alle bis 1945 geschehenen „direkt oder indirekt politischen Delikte.“ Nachdem der „Freiheitliche Rat“ im April 1972 erfolgreich einen „Marsch auf Bonn“ organisiert hatte, setzte ein Zerfallsprozeß ein, der daraus resultierte, daß nur die wenigsten Funktionäre dazu bereit waren, sich dauerhaft

• • • • •

9 Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (1992), S. 10.  
 10 Vgl.: Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (1992), S. 2.  
 11 Vgl.: Biemann/Stein (1989), S. 5.  
 12 Vgl.: Assheuer/Sarkowicz (1990), S. 35 und Backes/Jesse (1989/1990), S. 89.  
 13 Vgl.: Assheuer/Sarkowicz (1990), S. 35 und Huhn (1986), S. 78.  
 14 Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1997), S. 118.  
 15 Vgl.: Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (1992), S. 11.  
 16 Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern (1997): S. 45 und Schmidt (1997), S. 32.

der publizistischen und politischen Dominanz von Frey unterzuordnen. Hieraus zog der DVU-Vorsitzende 1979 die Konsequenzen und leitete die Auflösung des Bündnisses im Rahmen der Restrukturierung seiner Anhängerschaft ein.<sup>17</sup>

So wurden als Vorfeldorganisationen der DVU „Aktionsgemeinschaften“ gegründet oder nach vorheriger Selbständigkeit aufgesogen: die „Volksbewegung für Generalamnestie“ (1979), die „Aktion Oder-Neiße“ (1980), die „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (1980), die „Aktion deutsches Radio und Fernsehen“ (1981), der „Ehrenbund Rudel-Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten“ (1983) und der „Schutzbund für Volk und Kultur“ (1984). Diese Organisationen dienen der finanziellen und ideellen Unterstützung der Interessen ihres Mentors Frey, in denen weder kontinuierliche Willensbildung noch politische Aktivität stattfindet. Die Anziehungskraft und Gefährlichkeit dieser „Aktionsgemeinschaften“ besteht darin, daß sich ihre Aussagen nur auf Teilbereiche rechtsextremer Agitation beziehen und bei isolierter Betrachtungsweise vielfach nicht erkennen lassen, welche Grundhaltung hinter anscheinend unverfänglichen – auch Nichtextremisten vermittelbaren – Forderungen steht. Wenn eine Person, die sich nur für ein bestimmtes Thema interessiert, erst einmal Mitglied einer Aktionsgemeinschaft ist, wird sie schnell an die DVU insgesamt herangeführt und letztendlich auch für sie rekrutiert.<sup>18</sup>

### **Parteilgisches Engagement**

Gerhard Frey erklärte 1986, daß das Ausbleiben der versprochenen „Wende“ und das „völlige Versagen der Regierung Kohl“ in den Feldern der Deutschland- und Ostpolitik, der inneren Sicherheit sowie der Begrenzung des Ausländerzuzuges die Gründung einer neuen Partei erfordere. Allerdings wollte Frey keine Zeit dabei verlieren, eine eigene Parteiorganisation aufzubauen. Stattdessen betrieb er eine deutliche Annäherung an die NPD, indem er sowohl bei der Bayerischen

Landtagswahl 1986 als auch bei der Bundestagswahl 1987 zur Wahl der „Nationaldemokraten“ aufrief. Die „Nationaldemokraten“ befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Niedergang: Seit 1983 liefen ganze Kreisverbände zu den neugegründeten „Republikanern“ über. Diese Schwäche wollte Frey dazu nutzen, um auf diese Einfluß zu gewinnen und sie für seine Interessen einzuspannen. Mit Erfolg: Schon im März 1986 vereinbarten Martin Mußnug, NPD-Vorsitzender, und der DVU-Vorsitzende eine Kooperationsvereinbarung, die am 2.4.1987 von den Präsidien der „Nationaldemokraten“ und der am 5.3.1987 von Frey gegründeten Partei „Deutsche Volksunion – Liste D“ beschlossen wurde. Die DVU-Liste D sollte die finanziellen Mittel aufbringen, die NPD die Handarbeit vor Ort leisten. Mal sollte die DVU-Liste D, mal die NPD kandidieren, nie beide gleichzeitig. Die Wahllisten wurden in einem Reißverschlußverfahren besetzt, so daß sich auf den Listen immer auch die nicht angetretene Partei wiederfand. Beide Parteien legten großen Wert darauf, daß sie trotz ihrer Kooperation ihre organisatorische Eigenständigkeit bewahren wollten.<sup>19</sup>

In einigen Landesverbänden der „Nationaldemokraten“ formierte sich zunehmender Widerstand gegen das Bündnis mit der DVU-Liste D: Gerhard Frey wolle daraus nur seinen persönlichen Vorteil ziehen, auch werde von ihm eine Auflösung der NPD durch Fusion mit der DVU-Liste D betrieben. Der krasse Widerspruch zwischen der vereinbarten partnerschaftlichen, arbeitsteiligen Zusammenarbeit der beiden Parteien und dem starken Mißtrauen der einen Parteibasis gegenüber der anderen führte zur Beendigung der Kooperation, die sich am 16.12.1991 in der Umbenennung der DVU-Liste D in DVU auch formal manifestierte.<sup>20</sup>

### **Programmatik**

Das Programm der „Deutschen Volksunion“ ist bewußt allgemein gehalten, die rechtsextreme Grundhaltung der Partei ist nicht ohne weiteres

• • • • •

17 Vgl.: Assheuer/Sarkowicz (1990), S. 34 und Backes/Jesse (1989/1990), S. 89.

18 Vgl.: Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (1992), S. 10-11, Stöss (1989), S. 186 und Pfahl-Traughber (1993), S. 58.

19 Vgl.: Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (1992), S. 2, Pfahl-Traughber (1993), S. 60-61, Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (1992), S. 1-2 und Stöss (1989), S. 188.

20 Vgl.: Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (1992), S. 2 und Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (1992), S. 7.

erkennbar. Obwohl es keine Forderungen nach einem völkisch geprägten Führerstaat im Sinne eines Neo-Nationalsozialismus enthält, ist es extrem national-konservativ ausgerichtet und weist eine fatale Nähe zum Programm der NSDAP vom 25.2.1920 auf. In 25 ebenfalls meist kurzen Kapiteln werden bei den Nationalsozialisten“ fast dieselben Themenbereiche abgehandelt, identisch beginnend mit der Homogenität Deutschlands und der Forderung nach einer Gleichbehandlung gegenüber anderen Nationen. Auch die NSDAP wollte nur für „deutsche Volksgenossen“ politische Rechte gelten lassen, sie sah ebenfalls Parteien und Parlamente als Gefahr für die Rechte der Bürger an. Weitere Ähnlichkeiten finden sich bei den Aussagen zur „Volksgeundheit“ und zur „Schaffung einer deutschen Presse“. Neben diesen Übereinstimmungen gibt es auch Unterschiede in manchen Details, wobei der wichtigste in der Sprache liegt, welche im DVU-Programm wesentlich konzilianter und hinsichtlich einer verfassungsrechtlichen Bewertung unverfänglicher ist.<sup>21</sup>

Die rechtsextreme Grundhaltung der „Deutschen Volksunion“ ergibt sich viel deutlicher aus den Inhalten ihrer publizistischen Sprachrohre Deutsche National-Zeitung und Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger. Dort werden in einer dichten Abfolge von Schlagzeilen und Artikeln mit subtilen Methoden antisemitisch gefärbte Botschaften verbreitet, systematisch Versuche unternommen, in revisionistischer Absicht die geschichtliche Einmaligkeit des nationalsozialistischen Holocaust durch eine Gegenüberstellung mit Verbrechen anderer Völker zu relativieren und demokratische Politiker mit dem Ziel diffamiert, das Vertrauen in der Bevölkerung gegenüber den gewählten Repräsentanten zu erschüttern, um damit letztendlich die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes in Mißkredit zu bringen.<sup>22</sup>

### Abhängig von Gerhard Frey

Fast jede wichtige Entscheidung wird in der „Deutschen Volksunion“ von Gerhard Frey getroffen, selbst engste Mitarbeiter führen die von ihm getroffenen Entscheidungen lediglich aus. Innerparteiliche Kritik an der Dominanz des Bundesvorsitzenden hat kaum eine Chance, verfügt dieser doch über die entscheidenden organisatorischen Kompetenzen, kontrolliert die der Organisation zuzurechnende Presse und verfügt über den Faktor, der die DVU erst handlungsfähig macht: Kapital.<sup>23</sup> So finanziert Gerhard Frey die DVU durch Kredite, die sich 1998 auf über acht Millionen Mark belaufen, alleine 1996 mußte die „Deutsche Volksunion“ 418.000 DM Zinsen an ihren Vorsitzenden zahlen. Diese Situation sichert die Führungsrolle von Frey: mögliche Nachfolger würden einer überschuldeten „Parteiruine“ vorstehen.<sup>24</sup>

Die Finanzressourcen des am 18.02.1933 in Cham geborenen promovierten Rechts- und Staatswissenschaftlers Gerhard Frey entstammen seiner Unternehmensgruppe, für welche die im Familienbesitz befindlichen Frey-Kaufhäuser den Ausgangspunkt bildeten. Hinzu kommen der Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH - hier erscheinen die Deutsche National-Zeitung und die Deutsche Wochen-Zeitung, deren wöchentliche Auflage vom Verfassungsschutz auf insgesamt etwa 60.000 Exemplare geschätzt wird - sowie der Freiheitliche Zeitungsverlag GmbH, welcher nationale Literatur mit dem Schwerpunkt Zweiter Weltkrieg vertreibt und zu dem auch der Reisedienst Deutsche Reisen gehört. Zum Besitz von Frey und Familie gehören darüber hinaus allein in Westberlin mehr als 20 Mietshäuser und mindestens 80 weitere Immobilien u.a. in Ostberlin, München, Lübeck und in den neuen Bundesländern. Anfang der neunziger Jahre wurde das Vermögen des DVU-Bundesvorsitzenden auf rund 500 Mio DM geschätzt.<sup>25</sup>

• • • • •

21 Vgl.: Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (1992), S. 3 und Gessenharter (1991), in: Frankfurter Rundschau vom 12.10.1991.

22 Vgl.: Bundesministerium des Innern (1997), S. 126-127, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1997), S. 63-64 und Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (1997), S. 31.

23 Vgl.: Pfahl-Traughber (1993), S. 57.

24 Vgl.: Schimmöller (1998), in: Der Spiegel vom 04.05.1998, S. 31.

25 Vgl.: Linke (1994), S. 67-79 und Schmidt (1997), S. 69-74.

## 2. Die Parteiorganisation

Die „Deutsche Volksunion“ war 1996 zusammen mit den „Republikanern“ die mitgliederstärkste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik, wobei bei der DVU einschränkend angemerkt werden muß, daß bei den Mitgliederzahlen alle „national-freiheitlichen“ Organisationen – also auch Verein und Aktionsgemeinschaften – Berücksichtigung finden, die über die Satzungen eng miteinander verknüpft sind. Die Mitgliederentwicklung der DVU ist für die letzten Jahre als stark rückläufig zu bezeichnen, von 1994 bis 1996 ging die Zahl der Mitglieder von 20.000 auf 15.000 zurück. Dieser Rückgang resultiert insbesondere aus dem Ausbleiben der Wahlerfolge in Bremen (1995) und Schleswig-Holstein (1996), aber auch aus der Unzufriedenheit einiger Mitglieder mit dem selbstherrlichen Führungsstil des Bundesvorsitzenden. Es bleibt abzuwarten, ob der Wahlerfolg der rechtsextremen Partei in Sachsen-Anhalt (1998) zu einer Wende bei der Mitgliederentwicklung führt.

Ihre erste Gliederung auf Landesebene gründete die DVU 1987 in Bremen, mit dem Landesverband Nordrhein-Westfalen konnte 1989 der Aufbau in Westdeutschland abgeschlossen werden. Nach Herstellung der Deutschen Einheit verlief der organisatorische Aufbau in den neuen Bundesländern sehr schleppend, dennoch konnten dort in den Jahren 1991 und 1992 flächendeckend Landesorganisationen formal gegründet werden. Einschränkend muß hier angemerkt werden, daß die ostdeutschen Landesverbände mit Ausnahme von Berlin und Sachsen 1996 über 50 oder weniger Mitglieder verfügten, was dokumentiert, daß dort bisher keine funktionsfähigen Strukturen aufgebaut werden konnten. Ein Blick auf die Entwicklung von 1992 bis 1996 zeigt in Ostdeutschland einschließlich Berlin überdurchschnittliche Verluste auf niedrigem Niveau: Dort gingen die Mitglieder von 3.300 auf 1.270 um 61,5 Prozent zurück, während der Rückgang im Westen 38,7 Prozent (von 20.000 auf 12.260) betrug.<sup>26</sup>

• • • • •

<sup>26</sup> Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder für die Jahre 1992 bis 1997.

<sup>27</sup> Vgl.: Schmidt (1997), S. 59.

<sup>28</sup> Vgl.: Deutsche National-Zeitung vom 17.10., 24.10., 7.11., 28.11. und 12.12.1997 sowie die Internet-Seiten der DVU-Landesverbände Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (<http://www.dvu.net/treffen.htm>).

<sup>29</sup> Vgl.: <http://www.dvu.net/index.html>.

## Neue Entwicklungen: Stammtische und Internet

Unterhalb der Landesebene sind laut Satzung Kreisverbände vorgesehen, auch ist die Gründung von Bezirks- und Ortsverbänden möglich. Soweit diese formal bestehen, findet dort keine kontinuierliche Verbandsarbeit statt, die eigentliche Parteiarbeit wird von der Münchner Bundeszentrale geleistet.<sup>27</sup> Allerdings wurde in letzter Zeit bundesweit die Schaffung von Stammtischen vorangetrieben, welche in der Regel monatlich stattfinden. Anfang 1998 existierten bundesweit 40 solcher Stammtische, hiervon lediglich acht in den fünf neuen Ländern. Interessant ist hierbei die Entwicklung in Sachsen-Anhalt, wo seit Januar 1998 vier solcher Treffpunkte bestehen, welche als Anlaufstelle für potentielle Wahlhelfer im Landtagswahlkampf eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt zu haben scheinen. Ansonsten liegt der Schwerpunkt eindeutig in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Allein in Hamburg bestehen mittlerweile fünf „Klönchnacks“ vor allem in den Stadtbezirken, wo die DVU in die Bezirksversammlungen eingezogen ist. Dieses deutet darauf hin, daß DVU-Fraktionen und -Parlamentsgruppen als Basis für den Aufbau von Parteistrukturen dienen.<sup>28</sup>

Seit 1997 ist die „Deutsche Volksunion“ über eine Homepage ihrer Landesverbände Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen im Internet vertreten. Neben der Informationsvermittlung dient das Internet der Partei insbesondere zur Koordinierung ihrer Aktivitäten sowie dem Ausbau ihrer Organisationsstrukturen: Unter der Rubrik „DVU-Direkt“ finden sich die Anschriften der Partei „auch in ihrer Nähe“, über Stammtische und Veranstaltungen wird bei „DVU-Veranstaltungen“ informiert. Beim Landtagswahlkampf 1998 in Sachsen-Anhalt suchte die „Deutsche Volksunion“ erstmalig via Internet nach Wahlhelfern. So wird diese Informationstechnologie systematisch zur Überwindung der Organisationsschwäche genutzt.<sup>29</sup>

### 3. Wahlteilnahmen

Die DVU nimmt seit 1987 regelmäßig an Wahlen teil, wobei sie zumindest in Norddeutschland sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene zahlreiche Mandate erringen konnte:

*Bremische Bürgerschaftswahl 1987 = 3,4 Prozent (Landtag 3, Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung 2 Sitze);*

*Bremische Bürgerschaftswahl 1991 = 6,2 Prozent (Landtag 6, Bremer Stadtbürgerschaft 4, Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung 5 und Stadtbremische Beiräte 11 Sitze);*

*Landtagswahl Schleswig-Holstein 1992 = 6,3 Prozent (6 Sitze);*

*Hamburger Bürgerschaftswahl 1993 = 2,8 Prozent (Bezirksversammlungen 2 Sitze);*

*Bremische Bürgerschaftswahl 1995 = 2,5% (Stadtbremische Beiräte 6 Sitze);*

*Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung 1995 = 5,7% (3 Sitze);*

*Hamburger Bürgerschaftswahl 1997 = 4,9% (Bezirksversammlungen 13 Sitze);*

*Landtagswahl Sachsen-Anhalt 1998 = 12,9% (16 Sitze).*

So ist die „Deutsche Volksunion“ seit 1987 ununterbrochen in Volksvertretungen präsent, allerdings zeitweise nur auf kommunaler Ebene.<sup>30</sup> Bisher investierte die Partei nur dort in Wahlkämpfe, wo sie mit einer Beteiligung an der vom Wahlergebnis abhängigen staatlichen Parteienfinanzierung gemäß § 19 Parteiengesetz rechnen konnte. Diese belief sich 1996 auf 921.233,82 DM, im folgenden Jahr auf 884.310,69 DM.<sup>31</sup> Obwohl die DVU 1998 zunächst nur in Sachsen-Anhalt bei Wahlen antreten wollte, hat sie ihr dortiger Erfolg kurzfristig im Mai 1998 dazu veranlaßt, sowohl bei der Landtagswahl 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, der Bundestagswahl 1998 als auch bei der Europawahl 1999 anzutreten. Lediglich in

• • • • •

30 Vgl.: Schmidt (1997), S. 40.

31 Vgl.: [http://www.bundestag.de/datbk/pf\\_dvu.htm](http://www.bundestag.de/datbk/pf_dvu.htm).

32 Vgl.: Deutsche National-Zeitung vom 8. und 15. Mai 1998 und O.V. (1998), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.5.1998.

33 Vgl.: Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen (1989), S. 16-31.

34 Vgl.: Schmidt (1997), S. 161.

35 Vgl.: Schmidt (1997), S. 94-95.

Bayern verzichtete die Partei darauf, an der Landtagswahl 1998 teilzunehmen, da dort die CSU bereits einen Rechtsruck vollzogen habe.<sup>32</sup>

### 4. Wählerstruktur

Bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft 1987 erzielte die DVU-Liste D ihre besten Ergebnisse in Ortsteilen mit niedrigem sozialen Status, welche überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit, Armut und Unterversorgung betroffen waren, wo ein hoher Anteil von Arbeitern, Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehern wohnen. Der Ausländeranteil hatte – so die Analysen – auf das Wählervermögen keinen Einfluß. Mehr als die Hälfte der Wähler waren 60 Jahre und älter, mit zwei Dritteln waren Männer deutlich überrepräsentiert. Auffällig war das schlechte Abschneiden der DVU-Liste D bei jungen Leuten: weniger als fünf Prozent der Stimmen kamen von Wahlberechtigten bis 25 Jahre.<sup>33</sup> Bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft 1991 ergab sich insbesondere bei der Altersstruktur der Wähler eine wesentliche Veränderung. Erreichte die DVU-Liste D 1987 ihre Höchstwerte bei den über 60jährigen, waren es 1991 die jüngeren Wähler: Bei durchschnittlichen 6,18 Prozent erzielten DVU und „Republikaner“ bei den männlichen Jungwählern 17,6 Prozent. Darüber hinaus fiel auf, daß die Hochburgen der Rechtsextremisten einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil, einen hohen Anteil von Arbeitern sowie eine im Durchschnitt geringe formale Bildung der Einwohner aufwiesen.<sup>34</sup> Diese Wählerstruktur bestätigte sich insbesondere bei den Wahlen in Schleswig-Holstein (1992)<sup>35</sup> und Hamburg (1997).

Ein ähnliches Wählerprofil ergab sich auch bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26.4.1998. Der typische DVU-Wähler war jung, männlich, Arbeiter, Auszubildener oder arbeitslos. Bei durchschnittlichen 12,9 Prozent kam die DVU bei den unter 18- bis 24jährigen auf 28 Prozent, bei den Männern dieser Altersgruppe sogar auf 32 Prozent. Überdurchschnittlich schnitt die

Partei auch bei den Arbeitslosen (19 %) und Arbeitern (23 %), am schlechtesten bei den Rentnern mit weniger als fünf Prozent ab.<sup>36</sup> Die Wahlforscher stellen einschränkend fest: „Allerdings sind die meisten nicht verbohrt Ideologen, sondern Protestwähler. Die Plakate der DVU: ‚Diesmal Protest wählen‘ und ‚Laß dich nicht zur Sau machen‘ haben ihren Nerv getroffen. Die wenigsten trauen den von ihnen gewählten radikalen Parteien die Lösung der Probleme zu; dazu wären sogar nach ihrer Meinung andere Parteien eher geeignet, sofern sie sich nur für den kleinen Mann einsetzten.“<sup>37</sup>

An dieser Stelle sei angemerkt, daß die DVU als anti-intellektuell – hier sei u.a. an die Parolen-Wahlkämpferinnern - gekennzeichnet werden kann. Beispielhaft sei eine Überschrift in der Deutschen National-Zeitung vom 24.4.1998 zitiert: „Immer nur Akademiker und Beamte in die Parlamente?“ Dieses schlägt sich auch in der Wählerstruktur wieder, in der beispielsweise Akademiker stark unterrepräsentiert sind. So wählten arbeitslose Akademiker in Sachsen-Anhalt überwiegend PDS!<sup>38</sup>

## 5. Die bisherige Parlamentsarbeit

### *Bremen*

Mit dem 1925 geborenen Schiffsbauingenieur a.D. und Kriegsveteran der Marine Hans Altermann zog 1987 der erste Abgeordnete der DVU-Liste D in ein Parlament ein. Der sowohl parlamentarisch wie auch politisch völlig unerfahrene Rentner beschränkte sich im wesentlichen darauf, seinen dürftigen Kenntnisstand durch Anfragen zu verbessern. Wenn Altermann überhaupt Anträge stellte, waren sie fast immer formal unzulässig oder wurden als inhaltlich unbedarft bzw. demagogisch zurückgewiesen. Insbesondere bei seinen Debattenbeiträgen – Schwerpunkte waren die Ausländer- und Asylpolitik – war der Abgeordnete von der DVU-Bundeszentrale abhängig: Er verlas in der Regel in München erstellte Redema-

nuskripte. Altermann verweigerte sich der haushalts- und finanzpolitischen Diskussion, was aufgrund der angespannten Finanzlage Bremens besonders unverständlich war, aber wohl Ausfluß der Überforderung des Abgeordneten war.<sup>39</sup>

An der Qualität der Parlamentsarbeit der DVU änderte sich auch 1991 nichts, als sie in Fraktionsstärke in die Bremische Bürgerschaft einzog. Den größten Teil ihrer Energie steckte die Fraktion in Reden im Plenum der Bürgerschaft, wobei allerdings Landes- und Kommunalpolitik kaum eine Rolle spielten: Die Themenliste der Wortbeiträge war extrem beschränkt, nach kürzester Zeit kam man auf die Themen Ausländer und Asyl zu sprechen. Die DVU-Abgeordneten waren nicht an konkreten Problemlösungen interessiert, zu den für jedes Landesparlament wichtigen Themenfeldern Verkehr, Finanzen, Wirtschaft und Umwelt wurde sich nicht geäußert. Die selbe Themenpalette fand sich auch in den Anträgen der Rechts-extremisten wieder, welche überwiegend in München verfaßt, nach Bremen gefaxt und dort nur noch form- und fristgerecht eingebracht werden mußten. In einigen Ausschüssen waren die Vertreter der „Deutschen Volksunion“ überhaupt nicht anwesend, in anderen selten. Wenn sie anwesend waren, schwiegen sie. Nachfragen stellten die große Ausnahme dar. Insgesamt kann hier von einer Arbeitsverweigerung in den Ausschüssen gesprochen werden.<sup>40</sup> Darüber hinaus machte die DVU-Fraktion durch die Zweckentfremdung öffentlicher Mittel auf sich aufmerksam. So stellte der Bremische Staatsgerichtshof im Oktober 1996 in seinem Urteil fest, daß für rund 144.000 DM Zeitungserzeugnisse beim DVU-Bundesvorsitzenden Frey erworben wurden, was eine unzulässige Parteienfinanzierung darstellt. Darüber hinaus seien 207.000 DM an Sachverständige und Honorarkräfte gezahlt worden, ohne daß hierfür Belege vorgelegt werden konnten oder Arbeitsergebnisse sichtbar gewesen wären. So wurde die DVU-Fraktion bzw. -Gruppe zur Rückzahlung von 262.000 DM verurteilt.<sup>41</sup> Hervorzuheben ist

• • • • •

36 Vgl.: Deutsche Presseagentur (1998), in: Frankfurter Rundschau vom 28.4.1998.

37 Reumann (1998), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.4.1998.

38 Vgl.: Deutsche Presseagentur (1998), in: Frankfurter Rundschau vom 28.4.1998.

39 Vgl.: Butterwegge/Meier (1997), S. 76-123.

40 Vgl.: Grabler/Kuhn (1993), S. 9-10 und Schmidt (1997), S. 164-173.

41 Vgl.: Stengel (1996), in: Frankfurter Rundschau vom 21.10.1996.

der rasche Zerfall der DVU-Fraktion: Kurz nach der Wahl, im Oktober 1991 verließ Hans Altermann als erster Abgeordneter die Fraktion, mit dem Austritt von Peter Nennstiel im Januar 1993 verlor die „Deutsche Volksunion“ ihren Fraktionsstatus. Die Abgeordneten begründeten ihren Schritt vor allem mit der Bevormundung der Fraktion durch die DVU-Bundeszentrale.<sup>42</sup>

Seit der Bürgerschaftswahl 1995 verfügt die DVU in Bremen nur noch über kommunalpolitische Mandate. So ist sie derzeit mit jeweils einem Vertreter in sechs stadtbremschen Beiräten vertreten, welche bisher kaum an der Arbeit teilgenommen haben, in Einzelfällen nicht einmal erschienen sind.<sup>43</sup> In Bremerhaven ist die „Deutsche Volksunion“ noch mit einer dreiköpfigen Gruppe in der Stadtverordnetenversammlung präsent, welche ihre altbekannten Themen „Altparteien“ und Ausländer mit örtlichen Problemen verknüpft, was allerdings nicht dazu geführt hat, daß sich die Rechtsextremisten zu einem bedeutsamen kommunalpolitischen Faktor entwickelt haben.

### **Schleswig-Holstein**

Überraschend zog die DVU 1992 auch in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein. Ähnlich wie in Bremen beteiligten sich die rechtsextremen Abgeordneten auch in Kiel kaum an der parlamentarisch-inhaltlichen Auseinandersetzung, zu Fachfragen bzw. zur eigentlichen Landespolitik blieben konstruktive Beiträge aus. In den Reden spielten Ausländer stets die zentrale Rolle: Selbst wenn das diskutierte Thema überhaupt keinen Bezug zum Bereich Ausländer hatte, versuchte die „Deutsche Volksunion“, wieder zu diesem Thema zu kommen, was teilweise zu kuriosen und makabren Reden geführt hat. So wurden Ausländer, insbesondere Asylbewerber, für fast alle Probleme des Landes verantwortlich gemacht. Bei der Ausschubarbeit ist anzumerken, daß die Rechtsextremisten recht häufig fehlten. Wenn sie an den Sitzungen teilnahmen, meldeten sie sich fast nie zu Wort, so daß festgestellt werden muß,

daß sie sich an der inhaltlichen Ausschubarbeit so gut wie gar nicht beteiligt haben. Die DVU-Fraktion brachte eine sehr große Zahl von Parlamentsinitiativen – bis zu 32 in nur einem Monat – in den Landtag ein, welche den Kieler Abgeordneten per Fax aus der Münchner DVU-Bundeszentrale zugeleitet wurden. Der Historiker Michael Salewski erkannte in diesem Vorgehen starke Ähnlichkeiten mit der Parlamentsarbeit der Nationalsozialisten, die ebenfalls eine große Anzahl von Anträgen einbrachten, verbunden mit dem Ziel, das Parlament durch Überlastung zu blockieren und als „Quasselbude“ zu diffamieren.<sup>44</sup> Wie in Bremen so kam es auch in Schleswig-Holstein bei der DVU-Fraktion zu finanziellen Unregelmäßigkeiten. Bei einer Sonderprüfung beanstandete der Landesrechnungshof das Schalten von Anzeigen in Blättern von Gerhard Frey (181.000 DM), die kostenlose Verteilung von Werbeexemplaren Freys (100.000 DM), die Beschaffung von Wappen, Wimpeln und Videos aus Unternehmen Freys für einen fünfstelligen Betrag sowie teilweise überhöhte Gehälter für Beschäftigte der Fraktion. Die Kieler Staatsanwaltschaft stellte allerdings die Ermittlungen gegen die ehemaligen DVU-Abgeordneten ein, da der Druck aus der Münchner Parteizentrale so groß gewesen sei.<sup>45</sup> Gerade 1992 in den Landtag eingezogen, löste sich die rechtsextreme Fraktion nach dem Übertritt von zunächst drei Abgeordneten zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ am 26.5.1993 auf – wie auch in Bremen wegen der Bevormundung durch die Münchner DVU-Bundeszentrale.<sup>46</sup>

### **Hamburg**

Bereits 1993 zog die „Deutsche Volksunion“ mit zwei Abgeordneten in die Bezirksversammlung Bergedorf ein, wo sie sich über Jahre weder mit Anträgen noch über Anfragen an der politischen Arbeit beteiligt hat. Erst seit 1996 hat sie einige Anträge gestellt, die mit der Bezirkspolitik nichts zu tun hatten und die offensichtlich von der DVU-Bundeszentrale vorgefertigt worden waren.<sup>47</sup>

• • • • •

42 Vgl.: Butterwegge/Meier (1997), S. 86-91 und Grabler/Kuhn (1993), S. 6-8.

43 Schreiben von Erich Röper, Geschäftsführer der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, an den Autor vom 15.4.1997.

44 Vgl.: Schmidt (1997), S. 102-126.

45 Vgl.: Höver (1995), in: Das Parlament vom 24.11.1995 und Christen (1996), in: Holsteinischer Courier vom 08.6.1996.

46 Vgl.: Schmidt (1997), S. 135-144.

47 Vgl.: Brinkmeier/Geisler (1997), in: Hamburger Abendblatt vom 23.09.1997.

Seit September 1997 ist die DVU mit insgesamt 13 Abgeordneten in den vier Bezirksversammlungen Bergedorf, Harburg, Mitte und Wandsbek vertreten, die bei Sitzungen – auch in den Ausschüssen – nur sehr selten fehlen. Während die Rechtsextremisten in den Sitzungen der Versammlungen regelmäßig vorgefertigte Texte verlesen, schweigen sie – scheinbar wegen Überforderung – in den Fachausschüssen. In ihren Anträgen behandeln die rechtsextremen Fraktionen überwiegend bezirkliche Angelegenheiten wie Lärmschutz oder aber auch Ampelschaltungen, allerdings findet sich in den DVU-Initiativen auch die altbekannte Propaganda wieder: Es wird über mangelnde Sozialverträglichkeit bei der Unterbringung von Sinti und Roma geklagt,<sup>48</sup> auch wird über Roma-Kinder berichtet, die für Einbrüche ausgebildet und eingesetzt würden.<sup>49</sup> Ausländer seien eine Ursache für jugendliche Gewalt,<sup>50</sup> auch würden „endlose Abschiebeverfahren ausländischer Straftäter“ auf immer weniger Verständnis in der Bevölkerung stoßen.<sup>51</sup> Selbst auf der Ebene der Bezirksversammlungsfraktionen ist die Kontrolle durch die DVU-Bundeszentrale sichergestellt: Der Hamburger Landesvorsitzende Heinrich Gerlach, zugleich Vorsitzender der DVU-Fraktion in Wandsbek, ist enger Vertrauter von Gerhard Frey und koordiniert die Arbeit an der Elbe. Die beabsichtigte Einrichtung nur einer Fraktionsgeschäftsstelle für alle vier Hamburger Fraktionen erleichtert durch die somit geschaffene zentralistische Struktur die Überwachung der Arbeit der rechtsextremen Abgeordneten in den jeweiligen Bezirken noch zusätzlich.<sup>52</sup> Für Hamburg muß hervorgehoben werden, daß es dort die „Deutsche Volksunion“ erstmalig geschafft hat, eine Politik zu konzipieren, die auf die örtlichen Gegebenheiten ausgerichtet ist.

## 6. Eine ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie?

Bisher hat es die „Deutsche Volksunion“ trotz ihrer Abgeordneten in Landesparlamenten und Kommunalvertretungen nicht geschafft, das politische System zu schwächen oder ein bedeutsamer Faktor im politischen Geschäft zu werden. Dieses lag in erster Linie an der Kontrolle bzw. Fernlenkung der Abgeordneten vor Ort durch die Münchner Parteizentrale, wo die Verantwortlichen – abgesehen von den Hamburger Bezirksversammlungen – nicht in der Lage waren, eine ortsbezogene Politik vorzubereiten. Da sich in der Folge dieser Tatsache Redebeiträge oder auch Anträge vorwiegend mit Themen befaßten, die außerhalb der jeweiligen Kompetenzen der Parlamente lagen, verpaßten die rechtsextremen Abgeordneten durch den Mangel an ortsspezifischen Know-how die Chance, auf konkrete Politik vor Ort Einfluß zu gewinnen. In Situationen, wo die DVU z.B. durch das Einbringen einer großen Zahl von Parlamentsinitiativen die Landtagsarbeit blockieren wollte, um den Nachweis zu erbringen, daß Parlamente keine Probleme lösen könnten, verhinderte das gemeinsame und routinierte Reagieren aller demokratischen Fraktionen einen Erfolg dieser Strategie, indem sie in einer konzentrierten Aktion stets gemeinsam die deutliche Abgrenzung zu den Extremisten herausgestellt haben. Auch wenn die DVU jetzt mit 16 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag eingezogen ist, sollte man die daraus resultierende Gefährdung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung angesichts der Qualifikationen der neuen Abgeordneten nicht zu hoch einschätzen: „Die DVU schickt eine skurile Truppe in den Magdeburger Landtag. Vom mutmaßlichen Stasi-IM bis zum verurteilten Pistolenschwinger ist alles dabei.“<sup>53</sup> Da sollte es den anderen Fraktionen nicht schwer fallen, sich als bessere Alternative darzustellen. ■

• • • • •

48 Vgl.: Bezirksamt Wandsbek (1998): Vorlage 15/0415 vom 30.3.1998.

49 Vgl.: Bezirksamt Wandsbek (1997): Vorlage 15/0199 vom 11.12.1997.

50 Vgl.: Bezirksamt Mitte (1997): Drucksache 16/15/97 vom 29.10.1997.

51 Vgl.: Bezirksamt Wandsbek (1998): Vorlage 15/0312 vom 23.1.1998.

52 Vgl.: Schreiben des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten an die Bürgerschaftskanzlei, die Justizbehörde und die Bezirksämter vom 09.03.1998.

53 Schimmöller (1998b), in: Der Spiegel vom 4.5.1998, S. 32.

**Literaturverzeichnis:**

- Assheuer, Thomas und Sarkowicz, Hans (1990): Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte. München.
- Backes, Uwe und Jesse, Eckhard (1989/1990): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 2. durchgesehene Auflage. Bonn.
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (1992): Die Deutsche Volksunion (DVU) und die Deutsche Volksunion e.V. (DVU e.V.). Stand: August 1992. München.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (1997): Verfassungsschutzbericht Bayern 1996. München.
- Biemann, Georg und Stein, Helmut (1989): NPD, DVU e.V. und DVU-Liste D – neofaschistische und verfassungswidrige Organisationen. In: VVN Bund der Antifaschisten (Hrsg.): Neofaschistische Parteien im Profil. Frankfurt am Main.
- Biemann, Georg und Stein, Helmut (1990): Die DVU. In: Die Grünen, Bundesvorstand (Hrsg.): Argumente gegen REPs&Co. Bonn, S. 28-32.
- Brinkmeier, Michaela und Geisler, Bob (1997): Die neuen Mehrheitsverhältnisse. In: Hamburger Abendblatt vom 23.9.1997.
- Bundesministerium des Innern (1997): Verfassungsschutzbericht 1996. Bonn.
- Butterwegge, Christoph und Meier, Lüder (1997): Bremen – das kleinste Bundesland als parlamentarisches Experimentierfeld für die extreme Rechte (1951/52, 1967-1971, 1987-1995). In: Butterwegge, Christoph u.a. (1997): Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen, S. 55-146.
- Christen, Ulf (1996): Freys Mann in Kiel: Moneten und Marionetten. In: Holsteinischer Courier vom 8.6.1996.
- Deutsche Presseagentur (1997): „Wahl in Hamburg war keine Testwahl für Bonn“. In: Frankfurter Rundschau vom 23.09.1997.
- Deutsche Presseagentur (1998): Jung, männlich, arbeitslos – DVU-Wähler im Profil. In: Frankfurter Rundschau vom 28.04.1998.
- Gessenharter, Wolfgang (1991): Nicht das Individuum, sondern das Überleben des Kollektivs zählt. In: Frankfurter Rundschau vom 12.10.1991.
- Grabler, Jochen und Kuhn, Hermann (1993): Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: 2 Jahre Mißbrauch des Parlaments. Bremen.
- Höver, Peter (1995): Razzia im Kieler Landeshaus. In: Das Parlament vom 24.11.1995.
- Huhn, Anne (1986): „Einst kommt der Tag der Rache“: die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute. Freiburg im Breisgau.
- Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (1992): Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Kiel.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1997): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1996. Düsseldorf.
- Linke, Annette (d.i. Linke Alternative) (1994): Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe. Essen.
- Obszerninks, Britta und Schmidt, Matthias (1998): DVU im Abwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien. Münster (in Erscheinung).

- O.V. (1998): Die DVU tritt zur Bundestagswahl an. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.05.1998.
- Pfahl-Traughber, Armin (1993): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn.
- Reumann, Kurt (1998): Nirgens so viel Enttäuschung und Unsicherheit wie in Sachsen-Anhalt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.04.1998.
- Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz (1997): Verfassungsschutzbericht 1996. Dresden.
- Schimmöller, Heiner (1998a): Front der Frustrierten. In: Der Spiegel vom 04.05.1998, S. 28-32.
- Schimmöller, Heiner (1998b): Wirres Frey-Korps. In: Der Spiegel vom 04.05.1998, S. 32-33.
- Schmidt, Matthias (1997): Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Münster.
- Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen (1989): Ursachen, Auswirkungen und Lage des Rechtsextremismus. Bremen.
- Statistisches Landesamt Bremen (1995): Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 14. Mai 1995 – endgültige Ergebnisse –, Wahlen zu den Beiräten im Gebiet der Stadt Bremen am 14. Mai 1995 – endgültige Ergebnisse –. Bremen.
- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (1996): Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 24. März 1996. Endgültiges Ergebnis. Kiel.
- Stengel, Eckhard (1996): DVU mißbrauchte Steuergelder. In: Frankfurter Rundschau vom 21.10.1996.
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik: Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen. Opladen.

## Rezensionen

Adolf-Grimme-Institut (AGI): Medienpaket „**Rechtsradikalismus und Fernsehen**“. Marl: Adolf-Grimme-Institut, 1996.

Preise im Einzelnen (Kosten zzgl. Versand, Mengenrabatt auf Anfrage):

*Gesamtpaket*: 2 Themenhefte, 1 Buch, 6-teilige Videoedition (Materialien I bis IX), DM 250,-;

*Printmedien*: 2 Themenhefte, 1 Buch (Materialien I bis III), DM 50,-;

*Videoedition*: 6-teilige Videoedition (Materialien IV bis IX), DM 210,-.

Zu beziehen über: Adolf-Grimme-Institut, Postfach 11 48, D-45741 Marl, Fax: 0 23 65/91 89 89.

Im Jahre 1996 legte das Adolf-Grimme-Institut (AGI) in Marl, getragen vom Deutschen Volkshochschul-Verband e.V., das Medienpaket „Rechtsradikalismus und Fernsehen“ vor. Dieses – in vielen Belangen richtungsweisende – Unternehmen resultiert aus einem Projekt der Marler Medienforscher, das vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (bmb+f) unterstützt wurde. Das gesamte Medien- und Produktkonzept setzt sich aus neun Materialien, sprich zwei Themenheften, einem Buch sowie einer sechstteiligen Videoedition, zusammen.

Die aus drei Teilen bestehenden Printmedien des Paktes bieten Analysen, Dokumentationen und Evaluationen zum Themenkomplex Gesellschaft – Rechtsextremismus – Medien. Sie ermöglichen, je nach Rahmenbedingung, Einsatzgebiet, Erkenntnisinteresse sowie Lernziel, einführende, vertiefende und/oder ergänzende Auseinandersetzungen mit Ausprägungen des Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland. Ein Hauptaugenmerk richtet sich auf die verschiedenen Funktionen der öffentlichen Auslegung durch Medien, insbesondere durch das Fernsehen, dem nach wie vor die Rolle des gesellschaftlichen Leitmediums zugeschrieben wird.

Das Themenbändchen „Chaos, Randal, Rechtsrock“ (Materialien I; 36 Seiten) vereinigt Beiträge

einer gleichnamigen Fachtagung des Adolf-Grimme-Instituts zu Karriereverläufen rechter und rechtsgerichteter Jugendlicher in spezifischen Medienumgebungen und Musikszenen. Sachkundige Autorinnen und Autoren erörtern Darstellungsweisen des Rechtsextremismus in jugendattraktiven Genres der Print-, Audio- und TV-Medien sowie deren Auswirkungen auf (rechtsorientierte) Heranwachsende. Das Themenheft „Mit neuen Medien gegen Neue Rechte“ (Materialien II; 95 Seiten) dokumentiert eine Konferenz des Marler Medieninstituts mit derselben Programmatik. Expertinnen und Experten für digitale, netzwerkgestützte sowie interaktive Medien stellen Beispiele für die politische Bildungsarbeit im Umgang mit rechten und neonazistischen Online-Agitationen vor. Ein Anhang mit Angaben zu Literatur, Projekten und Adressen vervollständigt die Beiträge. In dem Sammelband „Zwischen Skandal und Routine?“ (Materialien III; 224 Seiten) untersuchen und bewerten Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Journalismus, Regie, Medienwissenschaft, -kritik und -pädagogik historische und aktuelle fiktionale respektive non-fiktionale Film- und Fernsehproduktionen, die sich mit Formen des Rechtsradikalismus befassen. Darüber hinaus werden zentrale Gesichtspunkte der Medienwirkungsforschung und -pädagogik erläutert.

Die sechstteilige Videoedition (VHS) mit farbigem AV-Material vermittelt in guter technischer Qualität Eindrücke von Rechtsextremismus-Darstellungen in diversen Genres und Sujets. Ferner bieten die berücksichtigten Exempla beste Voraussetzungen zur medienanalytischen sowie -kritischen Reflexion auf Ansätze der Fernsehberichterstattung, filmischen Dokumentation, Spielfilm- und Spotästhetik sowie -dramaturgie. Jedem Videoband ist eigens eine brauchbare Broschüre beigelegt, die kontextuelle, analytische und didaktische Hinweise zum jeweiligen Thema zur Verfügung stellt.

Das Tape „Berichterstattung über die Rostocker Pogrome – August 1992“ (Materialien IV; 9 Minuten) hat markante Ausschnitte aus drei Fernsehproduktionen (RTL, ZDF, ARD) zu diesen erschütternden fremdenfeindlichen Aggressionen zum Gegenstand. Die ausgewählten TV-Sequenzen veranschaulichen, daß durch Anwendung bestimmter Präsentationscodes unterschiedlich akzentuierte AV-Bilder zur Lage von Asylbewerbern und Anwohnern in Rostock-Lichtenhagen erzeugt werden. Das Video „Berichterstattung über Rechte Gewalt“ (Materialien V; 37 Minuten) besteht aus vier Beiträgen aus politischen Fernsehmagazinen öffentlich-rechtlicher sowie privatwirtschaftlicher Programmveranstalter (ARD, ZDF, RTL, SAT.1). Diese Beispiele beschäftigen sich mit Aspekten des Entstehens und Umsichgreifens von Rechtsextremismus und lassen kritische Zuschauerinnen und Zuschauer nach dem bewußten und angemessenen Einsatz von dokumentarisch-informativem Stilmitteln im Fernsehen sowie deren Folgen und Konsequenzen fragen.

Die Kassette „Medien gegen Rassismus“ (Materialien VI; 7 Minuten) bietet fünf kurze Spots der gleichnamigen medien- und senderübergreifenden Initiative „Medien gegen Rassismus“, womit sich viele Prominente solidarisch erklärten. Diese Exemplare befördern die Dialogbereitschaft über Gegensätze bzw. Zusammenhänge von Rassismus, Moralität, Emotionalität, Rationalität sowie Medialität. Das Tape „Jugend-Videogruppen gegen Rassismus und Vorurteile“ (Materialien VII; 11 Minuten) vereint fünf Spots von Jugendlichen. Die qualitativ hochwertigen Kurzbeiträge geben treffliche Lehrmaterialien zur Auseinandersetzung mit Rassismus-, Stigmatisierungsdiskursen und Stereotypenbildungen ab. Des weiteren motivieren sie Jugendliche dazu, selbst in Form von videogestützten Eigenproduktionen kreativ zu werden.

Bei dem Videoband „Wer Gewalt sät – von Brandstiftern und Biedermännern“ (Materialien VIII; 44 Minuten) handelt es sich um eine beklemmende Fernsehdokumentation von Gert Monheim (WDR) über den Ausbruch von Haß und Gewalt gegenüber Flüchtlingen in Rostock-Lichtenhagen. Es ist ein hervorragendes Anschauungsstück über die politischen Zusammenhänge, das weit über die

Ereignishaftigkeit jener fremdenfeindlichen Umtriebe des Jahres 1992 hinausweist. Die Kassette „Dann eben mit Gewalt“ (Materialien IX; 82 Minuten) hat einen mehrfach ausgezeichneten Spielfilm von Rainer Kaufmann (ZDF/arte) mit einer hochkarätigen Besetzung zum Inhalt. Das Werk schildert die Geschichte einer politischen Verfolgung im rechtsextremistischen Umfeld. Der Film stellt sowohl individual- als auch gruppenpsychologische Probleme von Eifersucht und Freundschaft, Anpassungsdruck und Willensfreiheit, Haß und Liebe sowie Gewalt und Gewaltlosigkeit in den Vordergrund der Handlung.

Das Medienpaket „Rechtsradikalismus und Fernsehen“ des Adolf-Grimme-Instituts vermag als ein vielseitig einsetzbares und sich ergänzendes Lehr- und Lernmittel zu überzeugen. Die in sich stimmige Konzeption eignet sich in besonderer Weise zur Aneignung von Medienkompetenz in den Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, der politischen Fort- und Weiterbildung sowie der medientheoretischen, -kritischen und nicht zuletzt -praktischen Schulung.

Die Materialien gewähren aufschlußreiche Einblicke in die Konzeption, Produktion und Rezeption von Film- und Fernsehbeiträgen. Dabei beschränken sie sich nicht darauf, lediglich Trends und Tendenzen in den journalistischen, dokumentarischen und fiktionalen Genres und Sujets medien- und gesellschaftskritisch zu betrachten, sondern sie lassen zudem die Journalisten und Regisseure einzelner Filme sowie Fernsehsendungen selbst zu Wort kommen, wodurch die Übereinstimmung von Aussage und Werk überprüfbar ist. Somit wird eine Sichtweise auf das Mediengeschehen, auf persönliche Motivationen, Positionen sowie Interessen ermöglicht, die ansonsten eher verstellt ist.

Die verschiedenen Materialien erschließen ein breites Spektrum der Film- und Fernsehwirklichkeit hinsichtlich der Darstellung von Rechtsradikalismus und Rassismus: angefangen von der Entwicklung des Film- und Fernsehdokumentarismus in Ost- und Westdeutschland über Dokumentationen, Reportagen und tagesaktuelle Berichterstattungen bis hin zu Fernsehspielen und Themenspots. Zu einer Einordnung in umfassendere Zusammenhänge tragen die Übersichts-

beiträge über die Rechtsextremismusberichterstattung, zur Wirkungsforschung, zur Mediennutzung sowie zur praktischen und reflektierenden Medienpädagogik bei.

Alles in allem bietet das Medienpaket zahlreiche konstruktive Ansätze der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsradikalismus. Solche eindrucksvollen Beispiele des Lernens und Arbeitens im Medien- und Produktverbund – gerade gegen Rechtsextremismus und Rassismus bzw. für Demokratie und Toleranz – seien der Nachahmung empfohlen.

*Christian Filk*

. .

Helmut Reinalter/Franko Petri/Rüdiger Kaufmann (Hg.) *Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung*. Innsbruck/Wien, 1998. (Studien-Verlag)

Der vorliegende Reader ist entstanden aus Seminaren, Vorträgen, Workshops und Diskussionen, die der Senatsarbeitskreis der Leopold-Franzens Universität Innsbruck zum Themenschwerpunkt „Entsolidarisierung und Bedrohung der Demokratie. Bedingungen, Strukturen und Wirkungen rechtsextremen Denkens“ 1996 und 1997 angeboten hat. Ein breites Spektrum an Themen wird angesprochen: Rechtsextremismus – Begriff, Traditionen und Strukturen, das biologische Menschenbild des Rechtsextremismus, Irrationalismus, Esoterik und Okkultismus im rechtsextremen Denken, die „Neue Rechte“ und der Revisionismus, Sprache und Medien, der akademische Rechtsextremismus, Entsolidarisierung und Gewalt gegen das „Fremde“. Im deutschsprachigen Raum findet man selten eine derartig komprimierte, mannigfache Erscheinungsformen und Strukturen des Rechtsextremismus umfassende, Analyse. Die ersten drei Teile des Readers (Gesellschaft im Wandel, Rechtsextremismus: Begriff, Traditionen und Strukturen, Das biologische Menschenbild des Rechtsextremismus) bieten durchaus bekannte Tatsachen, gut aufbereitet, allerdings streckenweise in schwer verständlicher wissenschaftlicher Diktion. Aber der Band richtet sich ja auch in erster Linie an die akademische community.

Im vierten Teil (Das Weltbild des Irrationalismus) ragt der Beitrag von Karin Liebhart deshalb hervor, weil man hierzulande nur wenig von den Bezügen des Rechtsextremismus zu Esoterik und Okkultismus liest oder hört. Die Autorin macht zu Recht auf bedenkliche Erscheinungen in der seit den achtziger Jahren populären „New Age“ und Esoterik Welle aufmerksam und thematisiert das verstärkte Auftreten von Geheimgesellschaften, neuheidnischen Bünden und die Verehrung germanischer Mythologie. Die Erwähnung von Rosenkreuzern, Theosophie und Anthroposophie und den Produktionen Capras u.a. in diesem Zusammenhang ist sicherlich sehr kontrovers zu diskutieren, nützlich ist es allemal, auch auf rassistische und eurozentrische Elemente etwa im Denken Rudolf Steiners aufmerksam gemacht zu

haben oder die tendentiell fatalistischen Tendenzen in Capras neuem Wendezeit-Denken aufzuzeigen. Für das Denken der „Neuen Rechten“, (Teil 5) deren Begriff und Denken Heribert Schiedel problematisiert und bei ihr ideenpolitisch eher „alt-rechte“ Positionen ausmacht, ist auch der „Ethnopluralismus“ als Gegenstand des „rassistischen bzw. neorassistischen Diskurses“ (Gero Fischer) nicht unbedeutend. Wo Kulturen zu quasi-biologischen Entitäten stilisiert und interkultureller Dialog als gefährliche „Vermischung“ und „Überfremdung“ denunziert werden, da entsteht „Apartheid“ als Modell neuer Weltordnung. Die Nutzung moderner Informations- u. Kommunikationsmedien durch rechtsextremistische Kreise schreitet rasch fort und so ist der Beitrag von Peter Mayr im Teil 6 (Sprache und Medien) sehr nützlich, um Argumentations- u. Kommunikationsstrategien kennenzulernen. Im Teil 7 (Akademischer Rechtsextremismus) zeigen Michael Gehler und Dietrich Heither auf, daß die studentische Rechtsextremismus-Szene beileibe keine vernachlässigenswerte Größe ist. Im letzten, 8. Teil (Entsolidarisierung und Gewalt gegen das „Fremde“), sticht der sehr grundlegende Beitrag von Bernhard Rathmayr hervor, der – weit im geschichtlichen Rückblick ausholend – Zivilisierung und Ästhetisierung der Gewalt in der europäischen Geschichte beschreibend, aufzeigt, daß in einer Situation, wo der „zivilisatorische Gewaltkonsens unserer Gesellschaften brüchig (...), angreifbar, provozierbar“ geworden ist, weil Ohnmacht und das Gefühl von Auslieferung an anonyme, bürokratische Strukturen voranschreiten, rechtsextreme Ideologie eintritt: „Rechtsradikale Gewalttaten sind ... für die Gegenwart typische Gewaltformen, die historische Muster gesellschaftlicher Gewaltregulierung aufgreifen und auf diese Weise zur Blockierung und Zerstörung humaner Entwicklungspotentiale im Zivilisationsprozeß beitragen.“ (s.490)

Eine insgesamt blendende aspektreiche Analyse gegenwärtiger Rechtsextremismusphänomene, die lesenswert ist. Man wünschte sich eine ähnlich breitgefächerte Analyse und Darstellung möglicher gesellschaftlicher Gegenreaktionen und Bewältigungsstrategien.

*Die Redaktion*

## Redaktionelles

In der letzten Ausgabe (ARR 3/1997) wurde irrtümlicherweise der Beitrag von Alfred Schobert „Geheimnis und Gemeinschaft“ abgedruckt, der bereits 1997 in der Festschrift für Siegfried Jäger (Wissenschaft macht Politik. Intervention in aktuelle gesellschaftliche Diskurse, hrsgg. von Gabriele Cleve u.a., Münster, 1997) erschienen ist.

Wir bedauern dieses Versehen und werden den ursprünglich vorgesehenen Beitrag von Alfred Schobert „Graswurzelrevolution von rechts?“ mit Einverständnis des Autors zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlichen.

Wir weisen darauf hin, daß der Beitrag von Armin Pfahl-Traugher „Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen“ (ARR 3/1997) ursprünglich für das „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ bestimmt war, von uns durch ein Versehen vor Erscheinen im „Jahrbuch“ abgedruckt wurde. Wir bitten dieses Versehen zu entschuldigen.

### *Impressum*

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Akademie der Politischen Bildung  
Telefon (02 28) 88 30  
Telefax (02 28) 88 36 95  
<http://www.fes.de>

© 1998: Friedrich-Ebert-Stiftung

*Redaktion:* Prof. Dr. Thomas Meyer  
Dr. Johannes Kandel

*Layout:* Pellens Kommunikationsdesign,  
Bonn

*Druck:* satz + druck gmbh, Düsseldorf

Printed in Germany 1998

ISSN 1431 - 102X